

Universität zu Köln  
Philosophische Fakultät  
Historisches Institut  
Arbeitsbereich Lateinamerikaforschung

Betreuer: Prof. Dr. Holger Meding  
Wintersemester 2019/2020

Bachelorarbeit zum Thema:

**Bewaffneter Konflikt und gescheiterte  
Friedensbemühungen  
in der Region Urabá (Kolumbien),  
1950-1995**

Vorgelegt von:  
Rosanna Veza Schardt  
Studiengang: Regionalstudien Lateinamerika  
E-Mail-Adresse: rvschardt@posteo.de

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
1.1	Quellen .....	3
2	Die konfliktreiche Geschichte Urabás.....	4
2.1	Landkonflikte .....	6
2.2	Arbeitskonflikt in der Bananenwirtschaft .....	9
3	Guerrillas in Kolumbien.....	12
3.1	Entstehung der Guerrillas in Kolumbien.....	12
3.2	Taktiken und Entwicklung der Guerrillas .....	14
4	Entwicklung der Landkonflikte im 20. Jahrhundert.....	15
4.1	Narcos als die neuen Landherren .....	19
5	Paramilitarismo .....	21
5.1	Charakterisierung der Paramilitärs.....	21
5.2	Der Einfluss des Kalten Krieges auf die Entwicklung paramilitärischer Gruppen in Kolumbien.....	23
6	Die Situation Urabás in den 1980er Jahren .....	26
7	Der Friedensschluss von 1991.....	30
7.1	EPL und andere Guerrillas unterzeichnen ein Friedensabkommen .....	30
7.2	Wie Fidel Castaño seine Paramilitärs demobilisierte.....	37
8	Hält der Frieden?.....	39
8.1	Die Situation in Urabá nach dem Friedensschluss .....	39
8.2	Das Scheitern.....	41
8.3	Die Partei EPL unter doppeltem Druck.....	42
8.4	<i>Comandos Populares</i> und Wiederbewaffnung der Paramilitärs .....	48
8.5	Politische Versäumnisse und Verstrickungen .....	55
9	Fazit.....	58
	Quellenverzeichnis .....	61
	Zeitungsartikel.....	61

Literaturverzeichnis.....	65
Nachbemerkung .....	67
Eidesstattliche Erklärung.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das departamento Antioquia mit seinen 9 politischen Regionen .....	5
Abbildung 2: Die politische Region Urabá (zugehörig zu Antioquia) mit seinen 11 municipios .....	5
Abbildung 3: Die geografische Region Urabá .....	6
Abbildung 4: Regionen Kolumbiens, in denen die EPL vor ihrer Demobilisierung 1991 präsent war .....	30

## Abkürzungsverzeichnis

ACCU	Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá
ANUC	Asociación Nacional de Usuarios Campesinos
Augura	Asociación de Bananeros de Colombia
CGSB	Coordinadora Guerrillera Simon Bolívar
CIA	Central Intelligence Agency
CONVIVIR	Cooperativas de Vigilancia y Seguridad Privada para la Autodefensa Agraria
DAS	Departamento Administrativo de Seguridad
ELN	Ejército de Liberación Nacional
EPA	Ejército Pacificador de Apartadó
EPL	Ejército Popular de Liberación
Fadegan	Federación Antioqueña de Ganaderos
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia
FARC-EP	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Ejército del Pueblo (Zusatz ab 1982)
Funpazcord	Fundación para la Paz de Córdoba
LASO	Latin American Security Operation
M-19	Movimiento 19 de Abril
MAS	Muerte a Secuestradores
MAQL	Movimiento Armado Quintin Lame

Partei EPL	Esperanza Paz y Libertad
PCC	Partido Comunista de Colombia
PCC ML	Partido Comunista de Colombia Marxista-Leninista
Pepes	Perseguidos por Pablo Escobar
PRT	Partido Revolucionario de Trabajadores
UP	Unión Patriótica

# 1 Einleitung

„En una sociedad dividida, como la colombiana, la violencia ha destruido tanto el poder de los gobernantes como el de los gobernados.”<sup>1</sup>

Dieses Zitat scheint mir sehr passend für das Land, welches seit seiner Unabhängigkeit von Spanien, insbesondere aber in den letzten 70 Jahren, fast durchgehend von sich reproduzierenden internen bewaffneten Konflikten gezeichnet ist. Die repressiven Lösungsansätze des Staates brachten keine anhaltende Befriedung und führten den Staat selbst in Legitimationskrisen. Heute befindet sich Kolumbien in einem Friedensversuch, der globale Aufmerksamkeit erhält. Doch es war nicht der erste und wird womöglich nicht der letzte sein. Schon in den frühen 1990er Jahren schien es die Möglichkeit eines nachhaltigen Friedens zu geben. Fünf Guerrillagruppen schlossen Friedensverträge mit der Regierung und bildeten politische Parteien, um ihren Kampf für gesellschaftlichen Wandel ohne Waffengewalt auf legale Weise weiterzuführen. Neuartig war damals, dass in den Verträgen die Reintegration der Kämpfer\*innen, wie auch integrale Entwicklungsprogramme für die vom Konflikt betroffenen Regionen und Menschen vorgesehen waren. Fast zeitgleich entstand in Kolumbien demokratisch eine neue Verfassung, an deren Ausarbeitung sich sehr verschiedene gesellschaftliche und staatliche Akteure beteiligten. Erstmals wurde der Schutz von ethnischen Minderheiten in der Verfassung verankert. Neben den fünf Guerrillagruppen legten auch große Paramilitärverbände, die anderen irregulären Konfliktbeteiligten, ihre Waffen nieder. Politische, wirtschaftliche und soziale waren sich einig, gemeinsam für den Frieden zu arbeiten. Das Land schien im Aufbruch begriffen. Vor allem Urabá, eine von den bewaffneten Auseinandersetzungen besonders betroffene Region, welche über Jahrzehnte faktisch unter (rechts-)staatlicher Abwesenheit litt und nur eine schwach ausgebildete Infrastruktur aufwies, schien von diesen Prozessen zu profitieren und den Frieden in greifbarer Nähe zu haben. Während in anderen Teilen des Landes noch immer weitere Guerrillas wie die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Ejército del Pueblo* (FARC-EP) und die *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) aktiv waren, hatten die u.a. in Urabá operierende *Ejército Popular de Liberación* (EPL) sowie die Paramilitärs Fidel Castaños ihre

---

<sup>1</sup> Reyes Posada (2016), S. 42.

Waffen niedergelegt. Zudem sollte die am Pazifik gelegene Region von Entwicklungsprogrammen profitieren. Im Zuge des Friedensprozesses hatten sich auch die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen in der Bananenindustrie entspannt, welche noch in den 1980er Jahren zu blutigen Ausschreitungen in Urabá geführt hatten.

Dennoch scheiterte dieses neuartige Friedensmodell in den Folgejahren krachend: Alte Konfliktherde brachen auf, die demobilisierten Kämpfer\*innen der EPL wurden Opfer von Verfolgung und die Paramilitärs begannen von Urabá ausgehend eine erneute Expansion über Kolumbien. Urabá erlebte den vorläufigen Höhepunkt der Gewalteskalation. In den fünf Jahren vor Friedensschluss, 1986-1990, fanden in Urabá 40 Massaker und 1.204 selektive Morde statt. In den fünf darauffolgenden Jahren, 1991-1995, verdoppelten sich die Zahlen trotz des Friedensschlusses gar mit 85 Massakern und 2.987 selektiven Morden.<sup>2</sup>

Wie konnte es geschehen, dass die Friedensversuche derartig scheiterten? Waren bestehende Konfliktfelder nicht hinreichend bearbeitet worden? Welche (inter-)nationalen, privaten und staatlichen Interessen sowie Akteure spielten eine Rolle im Konfliktgeschehen? Welche Rolle übernahm der kolumbianische Staat in Form der Regierung in den diversen Konflikten?

Um sich diesen Fragestellungen am Beispiel der Region Urabá annähern zu können, ist es zunächst nötig, die Konfliktgeschichte mit der Entwicklung ihrer Akteure und Handlungsmotive, sowie den je eigenen Gewaltspiralen nachzuvollziehen. [siehe Kapitel 1-6]

Im Weiteren sind die Bedingungen, unter welchen Friede geschlossen wurde, und die Form, die dieser annehmen sollte, wichtig, um so die Möglichkeiten wie auch die Beschränkungen desselben kennenzulernen. [siehe Kapitel 7]

Im Anschluss daran wird die Umsetzung des Friedensvertrags analysiert. Konnten die Vertragsinhalte realisiert werden? Welche Schwierigkeiten taten sich auf? [siehe Kapitel 8]

Mit all diesen Entwicklungen im Hintergrund wird schließlich untersucht, wie der bewaffnete Konflikt in Urabá erneut aufflammte und sich bis 1995 zu seinem vorläufigen Höhepunkt zuspitzte. [siehe Kapitel 8]

---

<sup>2</sup> Centro Nacional de Memoria Histórica y Observatorio de Memoria y Conflicto (2018).

Ein besonderes Augenmerk der Arbeit liegt auf der Rolle des kolumbianischen Staates im Konfliktgeschehen. Hatte es die Regierung über viele Jahre hinweg schlicht versäumt, Konflikte zu verhindern, bereits bestehende einzudämmen oder gar ganz zu beenden? Oder war der Staat sogar maßgeblich an der Entstehung bzw. Entwicklung der gewaltsamen Auseinandersetzungen mitbeteiligt? Oder liegt das Schicksal des Landes allein in den Händen privater bewaffneter Akteure?

## 1.1 Quellen

Besondere Aufmerksamkeit liegt auf den gescheiterten Friedensbemühungen der frühen 1990er Jahre. Bei meinen Recherchen im Online-Archiv des *Centro Nacional de Memoria Histórica* bin ich auf eine private Sammlung von Zeitungsartikeln gestoßen. Mario de Jesus Agudelo Vasquez, welcher als ehemaliger Kämpfer der EPL 1991 seine Waffen niederlegte und Mitglied der demokratischen Partei *Esperanza Paz y Libertad* (Partei EPL) wurde, archivierte von 1991-1997 in den kolumbianischen Tageszeitungen erscheinende, Urabá betreffende Artikel<sup>3</sup>. Anhand der vorliegenden Artikel wird das Scheitern des 1991 einsetzenden Friedensprozesses in dieser Arbeit rekonstruiert.

Die in den Zeitungsartikeln beschriebenen Ereignisse werden mit dem originalen Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der EPL abgeglichen und ergänzt. Zudem werden die Zeitungsartikel mithilfe von Sekundärliteratur überprüft, welche Situationen und Zusammenhänge auf allgemeinerer Ebene beschreibt und theoretisch geleitet ist. Die Zeitung dagegen ist eine vielstimmige Quelle, direkt aus dem Tagesgeschehen entnommen. Sie lässt ein detaillierteres Bild über einen längeren Zeitraum entstehen. Durch tagesaktuelle Stellungnahmen und direkt bei den Akteuren erhobenen Meinungen beleuchtet sie unterschiedliche Aspekte desselben Geschehens. Durch das Auswerten von Zeitungsartikeln aus einem Zeitraum von mehreren Jahren ergibt sich erstens ein Bild der damals ge-

---

<sup>3</sup> Die Artikel stammen vorwiegend aus der antioquenischen Tageszeitung *El Colombiano*. Diese wurde im Jahr 1912 aus dem politisch stark konservativen Spektrum heraus gegründet. 1991-2013 leitete Ana Mercedes Gómez Martínez die Zeitung. Auch in den Jahren der Gewalteskalation behielt die Zeitung ihren unabhängigen Stil bei und berichtete in den 1990ern über die Gräueltaten aller Gruppen, auch die der Paramilitärs, obwohl die Regierung Antioquias unter Álvaro Uribe Velez selbst paramilitärische Strukturen mit dem Bürgerwehrprojekt CONVIVIR vorantrieb. Allerdings änderte Gómez Martínez zu ihrer Wiederwahl als Zeitungsdirektorin 2002 ihre politischen Ansichten und seither verfolgte die Zeitung in ihren Artikeln eine harte rechte Linie und verfocht die Politik des zum Präsidenten ernannten Álvaro Uribe Velez (2002-2010). Vgl. *Semana* (21.07.2012).

fürten Auseinandersetzungen und zweitens gewinnt der historische Entwicklungsverlauf an Gestalt, indem der Wandel der Konfliktthemen detaillierter nachgezeichnet werden kann.

Durch die Auswertung einer der meist gelesenen Zeitungen erscheinen die politischen Ereignisse in einer bestimmten Färbung. Die Inhalte müssten deshalb durch andere Zeitungen und Dokumenten ergänzt werden. Allerdings lässt *El Colombiano* in Interviews und Stellungnahmen die miteinander in Konflikt stehenden Akteure mit ihrer jeweiligen Sicht auf die Ereignisse tagesaktuell zu Wort kommen. Damit überliefert sie trotz mancher Einseitigkeiten ein Stück Originalton, der überraschend divers ist. Diese Arbeit bietet zudem eine Einführung und den Versuch einer Rekonstruktion der Konflikte Urabás, die weiter erforscht und ergänzt werden müsste. So ist die hier dargelegte Entwicklungsgeschichte nicht vollständig. Doch ist sie hinreichend vielfältig und detailliert, um einer Darstellung wert zu sein.

## 2 Die konfliktreiche Geschichte Urabás

In der Geschichte Urabás existieren drei miteinander verwobene Konfliktlinien: Erstens der Kampf um Land, zweitens die Konsolidierung von Gegenmächten zum Staat, welche parallel zu diesem existieren, und schließlich drittens die Unfähigkeit desselben, dem wirksam etwas entgegenzusetzen, um die Rechte und das Leben seiner Bürger\*innen zu schützen. Die nähere Betrachtung dieser Konfliktherde erlaubt es, die Gewalt der 1990er Jahre zu verstehen.<sup>4</sup>

Urabá existiert als politische (Abb. 2) und als geografische Region (Abb. 3). Als politische Region gehört Úraba seit 1906 ständig zum *departamento* Antioquia (Abb. 1) und umfasst elf *municipios* (*municipio* entspricht in etwa der deutschen Gemeinde). Die geografische Region ist größer und beinhaltet auch sechs dem *departamento* Chocó zugehörige *municipios*, welche z.T. an Panamá grenzen und zwei *municipios*, die zum *departamento* Córdoba gehören. Die vorliegende Arbeit behandelt das politische Urabá.

---

<sup>4</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994). Omaira Arbeláez Encheverri erhielt für ihre im *El Colombiano* veröffentlichte Reportagereihe über Urabá im Jahr 1994 den *Premio Nacional de Periodismo Simón Bolívar* in der Kategorie „beste Recherche“. Diese Reportagereihe habe ich zum Teil in der vorliegenden Arbeit verwendet, um die Geschichte der Region zu rekonstruieren. Denn sie liefert detailliertere Informationen zur Entwicklung der Region als andere mir vorliegende Literatur.





Abbildung 1: Das departamento Antioquia mit seinen 9 politischen Regionen<sup>5</sup>

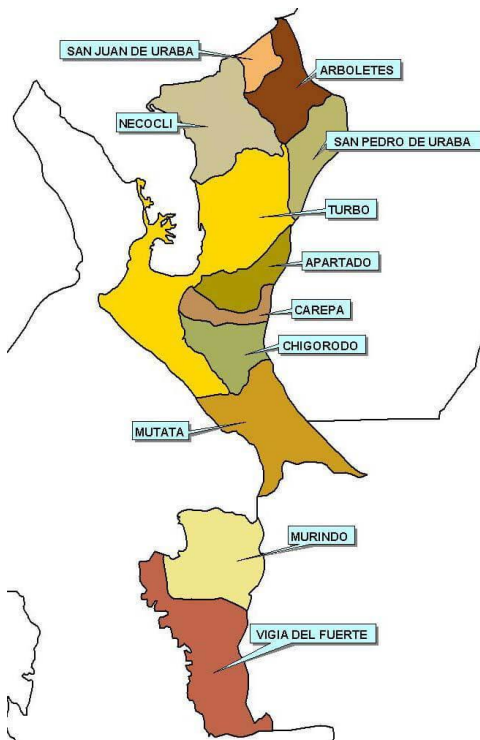


Abbildung 2: Die politische Region Urabá (zugehörig zu Antioquia) mit seinen 11 municipios<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Wikimedia (2015).

<sup>6</sup> Noticias Urabá. (24.05.2017).

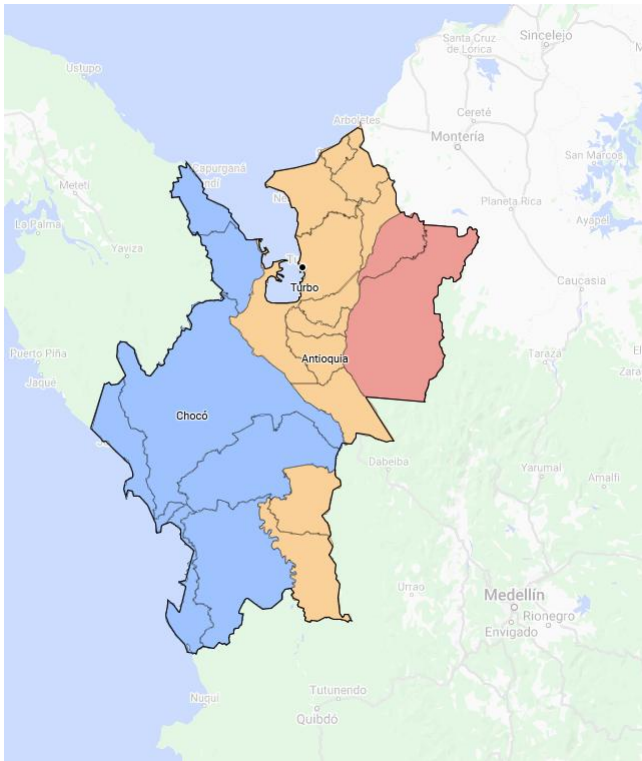


Abbildung 3: Die geografische Region Urabá<sup>78</sup>

## 2.1 Landkonflikte

Kurz nach der spanischen „Entdeckung“ des Golfs von Urabá Anfang des 16. Jahrhunderts war die Region bereits Schauplatz von Machtkämpfen um territorialen Einfluss zwischen *pueblos indígenas*<sup>9</sup>, Holländern, Franzosen, Engländern und Spaniern geworden.<sup>10</sup> Denn diese tropische Region, welche an der Grenze zu Panama am Atlantik liegt und auf 11.664 km<sup>2</sup> Bodenschätze wie Petroleum, Kohle, Gold, Silber beherbergt und tropische Hölzer hat, galt als geostrategisch höchst wertvoll.<sup>11</sup> Bis in die jüngste Zeit hinein kämpften die indigenen Gruppen für ihr Land, von welchem nur noch ca. 5.000ha von ursprünglichen 1.000.200ha in ihrem Besitz geblieben sind. Zu Zeiten der Kolonialisierung leisteten die Indigenen vor Ort noch einen derartigen Widerstand, dass ein Vordringen der Europäer ins

<sup>7</sup> Google Maps (2020).

<sup>8</sup> Karten mit abweichenden Anzahlen von *municipios* des departamento Chocó, welche zur geografischen Region Urabá gehören unter [https://documentop.com/municipios-y-sub-regiones-del-choco-consejeria-presidencial-para-\\_59f629121723dd00755b9bf6.html](https://documentop.com/municipios-y-sub-regiones-del-choco-consejeria-presidencial-para-_59f629121723dd00755b9bf6.html), 18.02.2020 und [https://es.wikipedia.org/wiki/Urabá#/media/Archivo:Colombia\\_-\\_Chocó\\_-\\_Darién.svg](https://es.wikipedia.org/wiki/Urabá#/media/Archivo:Colombia_-_Chocó_-_Darién.svg), 18.02.2020.

<sup>9</sup> Spanischer Begriff für indigene Gruppen bzw. indigene Völker, wobei *Völker* auf Deutsch negativ konnotiert ist und daher der spanische Begriff verwendet wird.

<sup>10</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (22.03.1994).

<sup>11</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (20.03.1994).

Landesinnere über den Río Atrato, welcher in den Golf von Urabá mündet, unmöglich war.<sup>12</sup>

Nicht nur die europäischen Eroberer nahmen den Indigenen ihr Land, sondern auch deren afrikanische Sklav\*innen: Seit dem 18. Jahrhundert kamen viele Afrikaner\*innen und Afrokolumbianer\*innen, die vor der Sklavenarbeit in den Minen aus dem benachbarten Chocó (später auch aus Atrato und Córdoba) flohen, nach Urabá. Auf der Suche nach Arbeit und einem Stück Land verließen sie ihre *Palenques*<sup>13</sup>. In Urabá gerieten sie dann mit den ansässigen Indigenen in Kämpfe um das Land.

Ab dem 19. Jahrhundert zogen dann auch Indigene und *Campesinos*<sup>14</sup> aus den Tälern der Flüsse Sinú und San Jorge in den Norden Urabás, um dort Viehzucht und Holzwirtschaft zu betreiben. Nach ihnen kamen Siedler\*innen aus anderen Teilen des *departamento*<sup>15</sup> Antioquia, welche die Gegend mitsamt ihren Böden in Besitz zu nehmen und unter Kontrolle zu bringen suchten, um den antioquensischen Einfluss zu stärken. Zudem erhofften sie sich durch die geografische Lage der Region einen bevorzugten Zugang zu den Weltmärkten.<sup>16</sup>

Seit der „Entdeckung“ der Amerikas fachten diese vielfältigen Kolonisierungsprozesse Gewalt im heutigen Kolumbien wie auch im restlichen Lateinamerika an. Die spanischen Eroberungsfeldzüge verursachten eine demografische Katastrophe unter den *pueblos indígenas*.<sup>17</sup> Zu Kolonialzeiten verteilte die spanische Krone im Zuge des *Encomienda*-Systems<sup>18</sup> Bodenbesitz an ausgewählte Eroberer und Kolonisten. Die Nachfahren dieser begünstigten Familien, die *hacendados*<sup>19</sup>, führten später die Unabhängigkeitskriege gegen das spanische Mutterland an. Diese befreiten zwar die Region im 19. Jahrhundert von der spanischen Krone, lösten allerdings das ökonomisch-politische System des Großgrundbesitzes nicht auf. Die spanischen Eliten wurden in der Republik durch die kriegsführenden *hacendados* abgelöst, wobei allerdings die Sklaverei und die Eigentumsrechte beibehalten wurden. Der Großgrundbesitz war somit bis Anfang des 20. Jahrhun-

---

<sup>12</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (22.03.1994).

<sup>13</sup> Siedlungen entflohener Sklaven.

<sup>14</sup> Bäuer\*innen.

<sup>15</sup> Entspricht in etwa dem deutschen Bundesland.

<sup>16</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (24.03.1994).

<sup>17</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 46.

<sup>18</sup> Im Zuge des *Encomienda*-Systems wurden den Konquistadoren Landgüter mitsamt der ansässigen indigenen Bevölkerung zur Verwaltung zugeteilt. Vgl. Konezke (1999), S. 175f.

<sup>19</sup> Großgrundbesitzer\*innen.

derts Kernstück der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation Kolumbiens. So hat die Kontrolle von Ländereien als Quelle von Macht und Reichtum eine lange Tradition im Land.<sup>20</sup>

Anfang des 20. Jahrhunderts schloss die Regierung einen impliziten Pakt mit den Landeliten. Diese behielten zwar die Kontrolle über ihre Ländereien und genossen relative Autonomie, waren jedoch formal dem Machtzentrum in Bogotá untergeordnet. Landeigentum war ein Privileg weniger Personen. Wer Land besaß, musste seine Eigentumstitel seit Zeiten der Eroberung durch die spanische Krone nachweisen können. Die fruchtbarsten Böden Kolumbiens wurden zunächst von Bäuer\*innen kolonisiert und urbar gemacht, um später häufig von den *hacendados* übernommen zu werden. Da in Kolumbien kaum Steuern auf Landbesitz erhoben wurden, war sogar der Besitz von Land, auf welchem nichts produziert wurde, eine sichere und einfache Kapitalanlage. Gleichzeitig hielt dieser expansive Großgrundbesitz den Einfluss der Gemeinden klein, den Staat fern und die einfache Landbevölkerung arm.<sup>21</sup>

Die *departamentos* Antioquia, Cartagena und Cauca kämpften im 19. Jahrhundert wiederholt um das strategisch wichtige und reiche Urabá. Nach der Unabhängigkeit von Spanien 1810-1824 war Urabá noch recht dünn besiedelt. Neben verschiedenen Indigenenreservaten gab es nur vereinzelte Siedlungen von Schmuggler\*innen, ehemaligen Sklav\*innen, ihren Nachfahren und Goldsucher\*innen. Doch die junge Nation hatte sofort begonnen, ursprünglich indigenes Land an Dritte zu verschenken und Konzessionen an Unternehmen zu verteilen. Als Urabá 1831 Antioquia (siehe Abb. 1) zugesprochen wurde, trieb die Regierung des *departamentos* die Kolonisierung der Zone durch die Förderung des Straßenbaus und der Goldgewinnung voran, wie auch durch die Verteilung von „Brachland“ an ausgewählte Bürger. Fünf Unternehmen erhielten zwischen 1826 und 1900 mehr als 273.00 Hektar Land in Urabá. Die Regierung erhoffte sich, dadurch die Besiedlung der Zone und den Straßenbau in Gang zu bringen,<sup>22</sup> und die bisher wenig besiedelte Region so unter ihre Kontrolle zu bringen. Offizielle Pläne für eine Straße von Bogotá über Antioquias Hauptstadt Medellín zum Golf von Urabá gab es schon seit 1838. Diese wurde jedoch erst über 100 Jahre später (1954) fertigge-

---

<sup>20</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 47.

<sup>21</sup> Ebd., S. 48f.

<sup>22</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (22.03.1994).

stellt. Auch sollten damals Mitglieder indigener und afrokolumbianischer Gemeinden zu Staatsbürger\*innen mit Rechten und Pflichten werden. Auch dieser Plan blieb lange Zeit unerfüllt.<sup>23</sup>

## 2.2 Arbeitskonflikt in der Bananenwirtschaft

Die weitere Geschichte Urabás ist sehr eng mit der sich entwickelnden Bananenindustrie<sup>24</sup> verwoben. Der Bananensektor schuf in Urabá schon ab den 1930er aber insbesondere seit den 1960er Jahren Arbeitsplätze, vor allem für die afrokolumbianische Bevölkerung, sowie Infrastruktur, wie Straßen für den Bananentransport, und kurbelte die Zuwanderung an.<sup>25</sup> Das sogenannte *Eje Bananero*, das urabensische Bananenanbaugebiet, erstreckt sich über die *municipios* Apartadó, Turbo, Chigorodó und Carepa (siehe Abb. 2).<sup>26</sup>

Die Bananenindustrie zeichnete sich in ihren Anfängen durch einen ungezügelter Kapitalismus aus. Festgelegte Rechte für die Arbeitnehmer\*innen<sup>27</sup> gab es nicht. Da in der Region keine staatlichen Institutionen und Organe präsent waren, welche hätten schlichtend eingreifen können, wurden die Konflikte zwischen den Arbeitnehmer\*innen und ihren Arbeitgeber\*innen direkt ausgetragen und eskalierten oftmals. In diesem Klima fanden politisch linke Ideen starken Widerhall, da sie den Arbeiter\*innen eine Perspektive boten.<sup>28</sup>

Die Bananenunternehmen schlossen sich 1963 zu der *Asociación de Bananeros de Colombia*, kurz *Augura*, zusammen, um gemeinsam die Herausforderungen der Produktion und des Bananenvertriebs zu meistern und den internationalen Markt für die Bananen durch gemeinsame Vertriebe besser kontrollieren zu können.<sup>29</sup>

Der Aufschwung in der Bananenindustrie zog einen großen Migrations- und Spezialisierungsprozess nach sich. In kurzer Zeit wurden aus den bäuerlichen Arbeitskräften spezialisierte Agroindustriearbeiter\*innen, welche ihre Arbeitsrechte mithilfe von Gewerkschaften geltend machen wollten. Die Eigentümer\*innen der

---

<sup>23</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (24.03.1994).

<sup>24</sup> *Industria bananera*.

<sup>25</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 46.

<sup>26</sup> Ebd., S. 52, siehe auch El Colombiano (02.02.1992).

<sup>27</sup> Zu jener Zeit arbeiteten hauptsächlich Männer in der Bananenindustrie in Urabá. Erst ab ca. 1988 wurden mehr Frauen eingestellt, als durch Massaker immer mehr männliche Arbeitskräfte entfielen

(siehe: <http://biblioteca.clacso.edu.ar/Colombia/ens/20121204122343/Ens10Deryrev.pdf>).

<sup>28</sup> Vgl. El Colombiano (02.02.1992).

<sup>29</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

Bananenplantagen verboten ihren Arbeiter\*innen jedoch den gewerkschaftlichen Zusammenschluss und enthielten ihnen auch weitere Arbeitsrechte vor, während dieselben Eigentümer\*innen all diese arbeitsrechtlichen Regelungen den Arbeiter\*innen in Produktionsstätten mit Standort in den großen Städten des Landes zugestanden. Die Entschlossenheit der Bananenarbeiter\*innen, für ihre Rechte zu kämpfen und die fortdauernde Weigerung ihrer Arbeitgeber\*innen, dem nachzugeben, führte zu einer Zuspitzung des Konflikts, welcher über Jahrzehnte andauern sollte. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen kam es zu terroristischen Aktionen, Morden an Finca-Verwalter\*innen, Gewerkschafter\*innen und Arbeiter\*innen, Flucht von Unternehmer\*innen ins Exil und vielen Streiks und Protestmärschen, in denen die Bevölkerung für den Respekt vor dem Leben und Frieden demonstrierte. Ein Problem bestand auch in der geringen Bereitschaft der Bananenindustrie, in die Region zu investieren. Die Grundbedürfnisse vieler Bewohner\*innen Urabás waren nicht gestillt. Das führte zu Konflikten und Auseinandersetzungen um Zugang zu Land und öffentlichen Diensten wie z.B. Wasserversorgung.<sup>30</sup>

Kolumbiens Bananenindustrie erwirtschaftete zwischen 1984 und 1986 einen Gewinn von 194 Millionen US-Dollar, wovon 95% aus der Produktion in Urabá stammten. Die Investitionen von *Augura* in regionale und soziale Projekte in demselben Zeitraum beliefen sich auf vergleichsweise geringe 1,3 Millionen US-Dollar. Es kam hinzu, dass vielerorts die Baracken der Arbeiter\*innen nahe der Plantagen abgerissen wurden. Zwischen 1979 und 1987 zogen deshalb 70% der Bananenarbeiter\*innen in die urbanen Großräume. Dadurch spitzten sich die schon bestehenden Versorgungsengpässe in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Wasserversorgung etc. in den anwachsenden Städten weiter zu.<sup>31</sup>

In den Gemeinden Urabás behinderten strukturelle Missstände die Entwicklung. Eine Analyse der Haushaltskassen der *municipios* Urabás zwischen den Jahren 1977 bis 1981 kommt zu den folgenden Resultaten: Die Haupteinnahmequelle der Gemeinden bestand aus der Besteuerung von Industrie, Handel und der Grundstückssteuer. Allerdings fiel auf, dass 50%-70% der geplanten Einnahmen wegen administrativer Schwierigkeiten und Problemen der öffentlichen Ordnung niemals in den Haushaltskassen ankamen. Zudem schienen die Bürgermeisterämter nicht

---

<sup>30</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 53f.

<sup>31</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (29.03.1994).

sonderlich effizient zu arbeiten: 81% der Einnahmen wurden allein für die eigene Verwaltung ausgegeben. Die Bananenunternehmen blieben von den Steuern auf Industrie und Handel befreit, da ihr Produkt keiner industriellen Verarbeitung bedurfte und nur für den Export bestimmt war. Durch diese Besteuerungslücke entging den Gemeinden eine enorme Einnahmemöglichkeit.<sup>32</sup> Die geringen Mittel wiederum machten es den Gemeinden in Urabá z.T. unmöglich, durch gezielte Investitionen eine soziale Funktion für die lokale Bevölkerung zu übernehmen.<sup>33</sup> Noch in den 1960er Jahren waren die jungen Gewerkschaften mehr mit ihrer internen Organisation und der Festigung ihrer Gruppen beschäftigt als mit Aktionen gegenüber ihren Arbeitgeber\*innen. Doch sobald diese von den Gewerkschaften in ihren Unternehmen erfuhren, begegneten sie ihnen mit Furcht und Feindseligkeit. Mit repressiven Mitteln suchten sie, die Konsolidierung der Gewerkschaften zu verhindern. Beide Seiten politisierten sich. Es schien unmöglich, Vereinbarungen zwischen den Arbeiter\*innen und ihren Arbeitgeber\*innen zu treffen. Auch innerhalb der Gewerkschaften herrschten Interessenkonflikte und Konkurrenz zwischen liberalen und linken Strömungen. In den Unternehmen kam es zu Massenentlassungen von Gewerkschafter\*innen, „schwarze Listen“ mit Namen von Arbeiter\*innen, auf deren Grundlage sie verfolgt wurden, kursierten. Gewerkschafter\*innen wurden verhaftet, manche sogar ermordet.<sup>34</sup> In den 1970er Jahren griff das Militär auf Seite der Unternehmer\*innen in den Konflikt ein.<sup>35</sup> Als ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Guerrillas *Ejército Popular de Liberación* (EPL) und *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) Fuß in Urabá fassten, positionierten sie sich auf Seiten der Gewerkschaften und anderer sozialer Bewegungen, was den Konflikt weiter intensivierte und militarisierte.<sup>36</sup> Doch schon vorher seit 1965 wurde die angebliche Guerrilla-Präsenz in den Gewerkschaften als Argument benutzt, diese zu diffamieren und zu verbieten.<sup>37</sup>

Die Guerrillas übernahmen mit der Zeit die Aufgabe, die Gewerkschaften zu schützen und im Sinne der Gewerkschaftsanliegen Druck auf die Unternehmen und den Staat auszuüben, das obwohl die Gewerkschaftsmitglieder nicht immer mit den radikalen und teils terroristischen Methoden der Guerrillas einverstanden

---

<sup>32</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (29.03.1994).

<sup>33</sup> Vgl. Comisión de Superación de la Violencia (1992), S. 35.

<sup>34</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 54.

<sup>35</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (30.03.1994).

<sup>36</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 55.

<sup>37</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (30.03.1994).

waren und sogar öffentlich dagegen protestierten. Doch der Staat hatte es versäumt, die Rechte der Gewerkschafter\*innen zu schützen, sowie eine vermittelnde Position einzunehmen. Vielmehr vertrat der Staat die Position der Unternehmer\*innen und setzte die Arbeiter\*innenbewegungen unter Druck. Auch im Zuge dessen wurde die Region militarisiert und schließlich 1976<sup>38</sup> eine Militärverwaltung mit Militärbürgermeistern für die Städte Turbo, Chigorodó, Apartadó und Mutatá eingesetzt.<sup>39</sup>

### 3 Guerrillas in Kolumbien

Die Guerrillas konnten sich als eine der Gegenmächte zum Staat etablieren, weil sie in ihren jeweiligen Einflussgebieten parastaatliche Strukturen errichteten. Trotz zahlreicher politischer und militärischer Maßnahmen gelang es dem kolumbianischen Staat nicht, dies zu verhindern. Im Folgenden soll kurz auf die Entwicklung der Guerrillabewegungen in Kolumbien sowie auf deren Modi Operandi eingegangen werden.

#### 3.1 Entstehung der Guerrillas in Kolumbien

Einer der zentralen Konfliktpunkte des kolumbianischen Bürgerkriegs zwischen 1948 - 1958, der sog. *Violencia*, waren die Herrschaftsverhältnisse auf dem Land. Liberale und kommunistische Guerrillagruppen hatten sich gebildet. Diese kämpften zunächst gemeinsam gegen die konservative Regierung, spalteten sich jedoch später. Die kommunistischen Guerrillas errichteten in den von ihnen kontrollierten Gebieten „Selbstverwaltungsstrukturen, durch die das bestehende oligarchisch-klientelistische Herrschaftssystem in Frage gestellt bzw. abgeschafft wurde.“<sup>40</sup> Nach Beendigung der *Violencia* übernahm die Nationale Front als Vereinigung der konservativen und liberalen Partei die Regierung, wobei sich Liberale und Konservative alle Regierungsposten und Ämter in Justiz und Verwaltung auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene paritätisch aufteilten. Dieses System wurde offiziell bis 1974 und de facto bis heute fortgeführt, was den Ausschluss anderer, insbesondere linker Parteien bedeutet.<sup>41</sup> Die Nationale Front versuchte,

---

<sup>38</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 56f., siehe auch Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

<sup>39</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (30.03.1994).

<sup>40</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 239.

<sup>41</sup> Vgl. Heinz (1997), S. 138.



die von der kommunistischen Guerrilla kontrollierten Selbstverwaltungsgebiete militärisch zu zerstören. Dies gelang 1964 und 1965 mit der Unterstützung US-amerikanischer *Counter-Insurgency*-Experten im Rahmen der *Latin American Security Operation* („Plan LASO“). Es folgten Flächenbombardements, u.a. mit Napalm, und militärische Besetzung. Die Guerrilla konnte keinen Schutz mehr bieten, sodass die Landbevölkerung fliehen musste. So kam es zu einem Strategiewandel der Guerrillas, welche fortan als mobile Einsatzkommandos auftraten und ab 1966 unter dem Namen FARC operierten.<sup>42</sup>

Die FARC entstanden aus der Tradition bäuerlicher Selbstverteidigung. In ihrem Programm war die revolutionäre Agrarreform ein wesentliches Ziel, um die Lebensumstände der Landbevölkerung nachhaltig zu verbessern. Doch nicht alle Guerrillas kamen aus dem ländlichen Kontext. In den 1960er Jahren bildeten sich zahlreiche von Student\*innen und Intellektuellen getragene revolutionäre Gruppen in den Städten, welche „[...] das herrschende Zweiparteiensystem mit Waffengewalt stürzen wollten. In Anlehnung an die von Ernesto Che Guevara entwickelte Fokus-Theorie glaubten sie, Auslöser für eine breite Volksbewegung sein zu können.“<sup>43</sup> Im Gegensatz zur FARC ging es diesen Guerrillas nicht vorrangig um den Schutz der Landbevölkerung und die Errichtung von „befreiten“ Gebieten. Vielmehr waren die ländlichen Regionen für sie schlicht der Austragungsort des bewaffneten Kampfes. Obwohl es diesen Gruppen nicht gelang, eine Massenbasis zu gewinnen, konnten zwei von ihnen längerfristig überleben, die EPL und die *Ejército de Liberación Nacional* (ELN).<sup>44</sup> FARC, ELN und EPL wurden längerfristig zu den größten Guerrillagruppen in Kolumbien. Bis 1991 war vor allem die maoistisch geprägte EPL in Urabá präsent, welche auf ihrem Höhepunkt 4.000 Kämpfer\*innen zählte.<sup>45</sup> Allen kolumbianischen Guerrillagruppen der 1960er Jahre ist eine stark ausgeprägte, an kommunistischen oder sozialistischen Theoretikern orientierte politische Ideologie als Grundlage gemeinsam. Z.T. bekämpften sich die Guerrillas auch wegen ihrer ideologischen Unterschiede gegenseitig.<sup>46</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 239f.

<sup>43</sup> Kurtenbach (1997), S. 241.

<sup>44</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 240f.

<sup>45</sup> Vgl. Mc Dermott (20.05.2013).

<sup>46</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 240f.

Entscheidend für das Fortbestehen der Guerrillas war der Stillstand bei der Lösung realer politischer und materieller Konfliktursachen.<sup>47</sup>

Bis Anfang der 1970er Jahre war der Krieg gegen die Guerrilla auf einige Regionen des Landes beschränkt, was den status quo nicht gefährdete, das herrschende politische System sogar festigte. Denn unter der Devise der Aufstandsbekämpfung konnte ein dauerhafter Ausnahmezustand aufrechterhalten werden, welcher die Verfolgung und Repression der zivilen Opposition ermöglichte. Erst in den 1970er und 1980er Jahren kehrte der Krieg in die Städte zurück und wurde bald ein nationales Politikum. Neue Guerrillas entstanden, u.a. die „Stadtguerrilla“ *Movimiento 19 de Abril* (M-19) 1970 und die indigene Guerrilla *Movimiento Armado Quintín Lame* (MAQL) 1984.<sup>48</sup>

### 3.2 Taktiken und Entwicklung der Guerrillas

Anfang der 1970er Jahre wurde die Bäuer\*innenbewegung, auf welche in dem Kapitel zu der Entwicklung der Landkonflikte im 20. Jahrhundert genauer eingegangen wird, zerschlagen und die Guerrillas begannen ihre Expansion. Allerdings begnügten diese sich mit der Besteuerung von Personen und Unternehmen, wobei sie die traditionelle Ordnung, in welcher ihre „Geldgeber\*innen“ lebten, schützten und aufrechterhielten. Die Guerrillas nahmen z.B. keine Neuverteilung des Landeigentums vor.<sup>49</sup>

Zunächst waren die Guerrillas als *focos*<sup>50</sup> in peripheren Kolonisierungsgebieten gewachsen, wo sie soziale Kontrolle über Eigentum und Produktion ausübten. Mit der Erweiterung ihrer Einflussphäre in Regionen der Viehzucht oder solchen mit Petroleumvorkommen hinein, wandelten sie sich zu Organisationen, denen es mit Gewalt oder deren Androhung gelang, Gewinn aus den existierenden Produktionszweigen zu beziehen. Dort wo Guerrillas territoriale Kontrolle ausübten, führten sie ein eigenes parastaatliches System ein. In ihrem privaten Justizsystem wandten sie die Todesstrafe gegen jene an, die sie verdächtigten, mit dem Militär (und später mit den Paramilitärs und *autodefensas*), zu kooperieren. In ihrem Steuersystem erpressten sie Schutzgelder, die sogenannten *vacunas*<sup>51</sup>. Entführun-

---

<sup>47</sup> Ebd., S. 242.

<sup>48</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 242f.

<sup>49</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 49.

<sup>50</sup> Revolutionäre Kerngruppen.

<sup>51</sup> Impfungen.

gen und Erpressungen gehörten zu ihren gängigen Finanzierungsmethoden. Sie kontrollierten den Schwarzmarkt in Drogenanbaugebieten sowie die Goldförderung in Gegenden mit geringer staatlicher Präsenz. Wo Wirtschaftszweige mit großen Gewinnmargen vorhanden waren, wie Goldgewinnung, Ölindustrie oder Drogenhandel, hielten die Guerrillas zumindest ein Minimum an Ordnung aufrecht und bemächtigten sich eines Teils des Gewinns, indem sie die großen Unternehmen zwangen, *vacuna* zu entrichten. In der Folge zogen sich Großgrundbesitzer\*innen und Unternehmer\*innen zurück und minimierten Investitionen, was der lokalen Wirtschaft schadete. Die Guerrillas nahmen nicht nur Einfluss auf die lokale Wirtschaft sondern auch auf die lokale Politik und entschieden u.a., wofür öffentliche Gelder ausgegeben wurden. Doch anstatt Einnahmen aus ihrem privat etablierten Steuersystem in die Entwicklung der Gemeinde zu investieren, nutzten sie die Gelder für den Ausbau ihrer Streitmacht.<sup>52</sup> Die Guerrillas profitierten auch direkt vom Großgrundbesitz. Denn die von ihnen erpressten Schutzgeldzahlungen bildeten eine wichtige Einnahmequelle für sie. Auch die Großgrundbesitzer\*innen konnten zum Teil von der Guerrilla profitieren. Kaum genutzte Ländereien gewannen durch den allgegenwärtigen Kampf um Land an Wert. Der Staat profitierte von der Guerrillapräsenz, da diese das repressive Vorgehen gegen soziale Bewegungen rechtfertigen ließ. Die Verlierer dieser Situation waren die den Konfliktparteien schutzlos ausgelieferten Besitzlosen und die Zivilbevölkerung.<sup>53</sup>

## **4 Entwicklung der Landkonflikte im 20. Jahrhundert**

Historisch scheinen mir besonders die Auseinandersetzungen um Land wesentlich für die spätere Konfliktentwicklung zu sein. Denn hier spielen reguläre und irreguläre bewaffnete Akteur\*innen, politische Parteien, wirtschaftliche Interessen und Bürger\*innen, deren Grundrechte nicht geschützt wurden, eine wichtige Rolle. So treffen in dem Konflikt um Land diverse Beteiligte und Konfliktpotenziale aufeinander.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmende Kolonisierung Urabás gewann in den 1950er Jahren durch verschiedenen Umstände ganz erheblich an Dynamik:

---

<sup>52</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 88f.

<sup>53</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (06.04.1994).

Zu nennen ist hier neben der Zuwanderung vor allem die Binnenflucht aus dem östlich angrenzenden *departamento* Córdoba aufgrund des schon erwähnten Bürgerkriegs *La Violencia*. Darüber hinaus trieben die wachsenden Großgrundbesitze weitere Massen von Bäuer\*innen, auf der Suche nach einem Obdach, aus der Karibik und dem Sinú nach Urabá, was die Konflikte um Land vor Ort zusätzlich anheizte.<sup>54</sup>

Als 1954 endlich die Straße zum karibischen Meer fertiggestellt worden war, ließen sich Siedler\*innen in Straßennähe nieder, um von dieser zu profitieren. Zugleich wuchs das Interesse von europäischen und US-amerikanischen Unternehmen, Bananen und Palmöl anzubauen sowie extensive Viehzucht zu betreiben. Es war üblich, dass sich diese Unternehmen kolumbianische Geschäftspartner\*innen mit Landbesitz suchten.<sup>55</sup> Dieser Prozess verursachte Landspekulationen und eine verstärkte Konzentration der Böden in den Händen weniger. Mittelsmänner und -frauen und Unternehmer\*innen, welche bis dahin kein Interesse an Grundstücken im schwer zugänglichen Urabá gehabt hatten, versuchten nun durch legale und illegale Methoden, die besten Böden zu den niedrigsten Preisen zu erwerben. Auch die liberale Partei, welche seit Ende der 1930er Jahre die stärkste politische Kraft in Urabá stellte, war in den 1960er Jahren aktiv am Grundstückshandel beteiligt. Es entstand ein Klima der Korruption und der Gewalt zwischen den alteingesessenen Siedler\*innen und jenen, die angezogen von dem Geschäft mit den Bananen, neu nach Urabá gezogen waren. Da die meisten Siedler\*innen keine Eigentumstitel über ihr Land besaßen, sahen sie sich gezwungen, es zu Schleuderpreisen zu verkaufen, wenn sie nicht direkt von ihren Höfen vertrieben wurden. Die Bäuer\*innen forderten staatliche Hilfe und Unterstützung ein. Doch nur 115 Siedler\*innen, von den schätzungsweise 5.000 in der Region ansässigen, erhielten Landtitel für ihre Fincas.<sup>56</sup>

Durch diese Entwicklung wurden Legionen von Bäuer\*innen von ihren ursprünglichen Gütern in dem heute als *Eje Bananero* bekannten Gebiet vertrieben, an die Ränder urbaner Räume, oder indem sie die „grüne Grenze“ verschoben und Waldgebiete urbar machten, erneut ohne Landtitel. Andere Landwirt\*innen kauften sich neue, fern von der Straße gelegene und deshalb für sie bezahlbare Grund-

---

<sup>54</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 46, siehe auch El Colombiano (02.02.1992).

<sup>55</sup> Ebd., S. 47.

<sup>56</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

stücke. Wieder andere vergrößerten das Heer der Bananenarbeiter\*innen. Sie gründeten neue Siedlungen in den Territorien der Kunas, was wiederum schwere Konflikte mit Indigenen auslöste.<sup>57</sup> In den 1960er Jahren fanden verstärkt „Invasionen“ statt. Die betroffenen Bäuer\*innen schlossen sich auf der Suche nach brachliegenden, meist indigenen, Ländereien zusammen und besetzten diese mit ihren Familien.<sup>58</sup>

Staatliche Versuche, die Konflikte zwischen Ansässigen und neuen Siedler\*innen zu schlichten sowie die Ausweitung der Großgrundbesitze zu verhindern, blieben fruchtlos.<sup>59</sup> 1961 gab es einen politischen Versuch zur Landreform, doch fehlten effektive Institutionen zu ihrer Umsetzung. So konnte der eskalierende Konflikt zwischen Kleinbäuer\*innen und Großgrundbesitzer\*innen nicht gelöst werden.<sup>60</sup>

Deshalb schlossen sich die Bäuer\*innen 1968 mithilfe der reformorientierten Regierung Lleras Restrepo (1966-1970) zu einer eigenen Organisation zusammen: ANUC, *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos*. ANUC erreichte schnell einen breiten Aktionsradius in Urabá, Cordoba und weiten Teilen der atlantischen Küste.<sup>61</sup>

Doch mit der Nachfolgeregierung kam die ANUC in Konflikt. Unter Misael Pastrana Borrero (1970-1974) wurden die Prioritäten anders gesetzt. Seine Politik war am Export interessiert, förderte daher die industrielle Landwirtschaft und organisierte den institutionellen Schutz des Großgrundbesitzes.<sup>62</sup> Die kolumbianische Regierung begegnete der friedlichen Bewegung der Bäuer\*innernorganisation, welche als subversiv zur bestehenden Ordnung eingestuft wurde, mit militärischer Gewalt anstatt nach einer landreformerischen Lösung zu suchen. Der staatliche Kampf verlagerte sich gegen die Guerrillas und ihre vermeintlichen Unterstützer\*innen.<sup>63</sup> Die Regionalregierung Antioquias kämpfte um die politische Kontrolle in Urabá. Sie ernannte im Jahr 1976 Militärbürgermeister für die Städte Apartadó, Mutatá, Chigorodó und Turbo.<sup>64</sup> Zur gleichen Zeit begannen 1976 auch die Guerrillas FARC und EPL sich gegenseitig zu

---

<sup>57</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 16.

<sup>61</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

<sup>62</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 52.

<sup>63</sup> Ebd., S. 16f.

<sup>64</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

bekämpfen, denn beide strebten die territoriale Kontrolle Urabás an. Dieser Kampf unter den Guerrillas spiegelte sich schließlich auch in den Gewerkschaften wider.<sup>65</sup>

Die Regierung Alfonso Lopez Michelsen (1974-1978) erteilte dem Militär für den Kampf gegen die sozialen Protestbewegungen immer weitere Befugnisse. Ab 1976 erhielt das Militär praktisch die Freiheit, den Feind eigenständig zu bestimmen und über ihn zu richten. Unter der Folgeregierung von Julio César Turbay Ayala (1978-1982) wurde diese Entwicklung noch verschärft, Folter, illegale Festnahmen und Hausdurchsuchungen wurden systematisch angewendet.<sup>66</sup> „[...]Delikte mit möglichem politischem Hintergrund [wurden] der Militärjustiz übergeben[...].“<sup>67</sup> Ab 1981 wurde die Bewaffnung und Ausbildung von Bürger\*innenwehren, den sog. *autodefensas*, durch das Militär, was gesetzlich seit 1965<sup>68</sup> erlaubt war, vorangetrieben, um den antisubversiven Kampf zu verstärken. Diese repressive Politik zerstörte die ANUC, richtete sich gegen linke Parteien und soziale Bewegungen. Das ließ die Glaubwürdigkeit der Guerrillas in der Bevölkerung anwachsen, sodass die Guerrillas in den 1980er Jahren starken Zulauf erhielten und ihren Aktionsradius erweiterten.<sup>69</sup> Das kann allerdings nicht nur mit dem Rückhalt der Guerrillas in der Bevölkerung erklärt werden. Vor allem die FARC stiegen nach und nach in den internationalen Drogenmarkt ein. Zunächst verlangten sie Tributzahlungen von Drogenhändlern. Später finanzierten sie eigene *Coca*-Plantagen und Laboratorien und suchten Allianzen mit *narcos*<sup>70</sup> aus Mexiko und Brasilien, um eigene Drogenexporte gegen Kriegsgerät zu tauschen. 1983 schlossen die drei Guerrilla-Gruppen FARC-EP<sup>71</sup>, ELN und EPL ein Friedensabkommen mit der Regierung Betancur, welches sie jedoch zwei Jahre später brachen.<sup>72</sup>

Das Militär sowie etwas später die *autodefensas* und die aus ihnen hervorgegangenen Paramilitärs<sup>73</sup> waren ebenfalls aktive Parteien in den bewaffneten Kämpfen. Arbeits- sowie Landkonflikte vermischten sich mit den politischen Auseinander-

---

<sup>65</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 57.

<sup>66</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 53f.

<sup>67</sup> Vgl. Kurtenbach (1997), S. 242. Dieses sog. Sicherheitsstatut blieb bis 1987 gültig (ebd.).

<sup>68</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 34.

<sup>69</sup> Vgl. Reyes Posada (2016) S. 53f., siehe auch Ronderos (2015), S. 165f.

<sup>70</sup> Gängige Kurzform für *narcotraficantes*, übersetzt Drogenhändler\*innen.

<sup>71</sup> Den Zusatz EP (*Ejército del Pueblo*) gaben sich die FARC ab 1982.

<sup>72</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 90.

<sup>73</sup> Genauere Erläuterungen hierzu im Kapitel 5 Paramilitarismo.

setzungen und diese drei mit militärischen Konfrontationen. So wurde Urabá zum Schauplatz vielschichtiger, ineinandergreifender Konflikte. Jede\*r versuchte, seine\*n Gegner\*in zu vernichten. Eine grausame Gewalt erfasste ganz Urabá.<sup>74</sup>

Große Teile der Landbevölkerung flohen und suchten Schutz vor der Gewalt an den Rändern der schnell anwachsenden urbanen Zentren des *Eje Bananero*, oder besetzten in ihrer Not staatliche und private Gutshöfe. Diese Landnahmen fanden meist nachts statt. Wenn die Landbesetzer\*innen nicht zu vertreiben waren, kaufte das *municipio* oder *departamento* den ursprünglichen Besitzer\*innen ihr Land ab und legalisierte so nachträglich die Aktionen. Waren die Besetzungen auf diese Weise legalisiert, begann die neuen Bewohner\*innen des Gebiets mithilfe von Demonstrationen, Streiks und Blockaden Infrastrukturleistungen wie Schulen, Abwassersysteme, Gesundheitswesen etc. gegenüber dem Staat einzufordern. Diese Besetzungen wurden von Gewerkschaften, Guerrillas und gelegentlich auch von lokalen Politiker\*innen unterstützt, welche so Wählerstimmen für sich zu gewinnen vermochten. Die paramilitärischen Verbände dagegen bekämpften, oft in Kooperation mit hohen Militärfunktionär\*innen, die als links eingestufte Landbesetzer\*innenbewegung. Viele Gemeindeaktivist\*innen, Politiker\*innen und Funktionär\*innen zahlten für ihr Engagement bei den Invasionen und deren Legalisierung mit ihrem Leben.<sup>75</sup> Im Jahr 1988 verübten die in Córdoba tätigen Paramilitärs von Fidel Castaño auf den besetzten Gutshöfen La Negra, Honduras und Puerto Bello Massaker, welche 42 Tote forderten und das ganze Land erschütterten.<sup>76</sup>

#### 4.1 Narcos als die neuen Landherren

Ab Ende der 1970er Jahre begann ein massiver Landaufkauf durch Drogenhändler\*innen auch in Urabá. Viele der ursprünglichen Landbesitzer\*innen waren durch Erpressungen und Entführungen der Guerrillas so eingeschüchtert, dass sie ihren Landbesitz verkaufen wollten. Bei den Käufer\*innen handelte es sich meist um *narcos*. So wurde innerhalb von nur 10 Jahren die Schicht der Landeigentümer\*innen praktisch ausgewechselt.<sup>77</sup> Der Kauf von *haciendas* stellte eine Möglichkeit dar, die illegal erworbenen Gelder zu waschen und war zugleich eine Ka-

---

<sup>74</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (30.03.1994).

<sup>75</sup> Vgl. Lombana Reyes (2012), S. 52.

<sup>76</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (26.03.1994).

<sup>77</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 121.

pitalanlage. Zudem konnten die *narcos* durch den Aufkauf von Land zusammenhängende Territorien herstellen, auf denen sie ihren persönlichen Sicherheitsraum, eine Infrastruktur mit Laboratorien, Schmuggelrouten und Flugpisten aufbauen konnten. Für die ehemaligen Landeigentümer\*innen war das eine gute Gelegenheit, ihr durch die Konflikthandlungen unsicher gewordenes Land loszuwerden und Kapital zu gewinnen.<sup>78</sup> Die neuen Landherren\* bevorzugten auf ihren Ländereien die extensive Viehzucht, welche wenig Organisation und Energie benötigt.<sup>79</sup> Der Landkauf durch die *narcos* hatte verschiedene Folgen. Zunächst diente er der Konzentration von Landeigentum. Daraus folgten erneute Vertreibungen, welche die Bäuer\*innen in die Städte oder als Siedler\*innen an die Kolonisierungsgrenzen trieben. Außerdem wurden viele der fruchtbarsten Böden für die Viehzucht „vergeudet“, zum Schaden der traditionellen Landwirtschaft und der Umwelt. Die neuen Landeigentümer\*innen verteidigten ihren Besitz gegen die Bedrohung durch Guerrillas, um die Sicherheit ihrer Geschäfte zu gewährleisten. So boten sich die *narcos* als Geldgeber für private und staatliche Anti-Guerrilla-Einheiten an. Das gemeinsame Ziel der Guerrilla-Bekämpfung führte letztendlich zu einer Allianz zwischen dem organisierten Verbrechen und dem Staat. Hierbei übergab der Staat die Kontrolle über seine Territorien faktisch an die *narcos*. Die finanziellen Mittel aus den Mafiakreisen wiederum hoben das Gewaltniveau des Konflikts an. Der Paramilitarismus entwickelte sich als neues Instrument zur Sicherung und Konsolidierung territorialer Herrschaft.<sup>80</sup> Ländereien in Gegenden mit Guerrilla-Präsenz günstig aufzukaufen, diese dann durch private Sicherheitsstrukturen zu verteidigen und somit den Landbesitz ökonomisch aufzuwerten, entwickelte sich zu einem Geschäftsmodell. Es verbindet hohe Kaufkraft mit massiver, nicht staatlich legitimerter Gewaltanwendung. Somit wurde die Aneignung von Land und die damit verknüpfte Eskalation kriegerischer Auseinandersetzungen zu parallelen, einander verstärkenden Entwicklungen.<sup>81</sup>

Die Position als Landeigentümer\*innen und somit auch als regionale Elite verlieh den *narcos* eine Doppelrolle: Zum einen als um soziale Anerkennung bemühte

---

<sup>78</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 107f.

<sup>79</sup> Ebd., S. 109.

<sup>80</sup> Ebd., S. 112, siehe auch S. 48.

<sup>81</sup> Ebd., S. 50.



legale Geschäftsleute, z. B. Viehzüchter\*innen<sup>82</sup>. Zum anderen als neuaufsteigende kriminelle Elite, welche den Gebrauch von Gewalt für die eigenen Geschäfte und im Kampf der traditionellen Eliten zusammen mit dem Staat gegen deren soziale und politische Gegner\*innen normalisierten.<sup>83</sup> Die Mitwirkung von *narcos* in den sozialen und politischen Konflikten Kolumbiens wirkte sich entscheidend auf deren Verlauf aus. Noch in den 1970ern war der Konflikt zwischen Landwirt\*innen und Großgrundbesitzer\*innen politisch zugunsten Letzterer entschieden worden. In den 1980ern verstärkten die *narcos* den üblichen bewaffneten Schutz der *haciendas*, sodass ab Mitte des Jahrzehnts durch militärische Gewalt und paramilitärischem Terror so gut wie alle Kämpfe um Land unterdrückt wurden. 1989 erklärte der Kongress der Bäuer\*innenorganisationen, dass Landwirt\*innen aus Angst vor Repressalien in den von *narcos* dominierten Gebieten auf Landansprüche verzichten würden. Dagegen entstand in der Folge eine breite soziale Protestbewegung, die eine stärkere Staatspräsenz und -effizienz einforderte, um einerseits die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten und sie andererseits vor dem Kreuzfeuer zu schützen, in welchem die Zivilbevölkerung Opfer aller bewaffneten Konfliktparteien geworden war.<sup>84</sup>

## 5 Paramilitarismo

### 5.1 Charakterisierung der Paramilitärs

Zunächst stellten Bürgerwehren ein legales Mittel der Aufstandsbekämpfung dar. Wie schon erwähnt erhielt 1965 das kolumbianische Militär im Kontext des Kalten Krieges die Befugnis, ländliche Bürgerwehren -*autodefensas*- gegen die Guerrilla zu bewaffnen und auszubilden, damit diese eigenständig lokale Kontrolle ausüben konnten. Denn mit herkömmlichen militärischen Mitteln war den Guerrillas nicht beizukommen, auch weil diese über Rückhalt in der Bevölkerung verfügten. Einerseits wollte die kolumbianische Regierung diesen Rückhalt der Guerrillas in der Bevölkerung brechen. Andererseits sollte vermieden werden, dass das Militär Übergriffe auf die eigene Bevölkerung ausübte und somit ihr Ver-

---

<sup>82</sup> Bei grober Recherche scheint es nur männliche Viehzüchter gegeben zu haben, doch Quellen belegen, dass in Kolumbien spätestens seit der zweiten Hälfte des 20. Jh. Frauen in diesem Metier auch als Entscheidungsträgerinnen tätig sind. Vgl. CONtextogadero (08.03.2017).

<sup>83</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 113.

<sup>84</sup> Ebd., S. 116f.

trauen verlor. So kam den *autodefensas* eine Doppelrolle zu: Sie sollten den anti-subversiven Kampf in der Zivilbevölkerung verankern und zugleich für das Militär das „schmutzige Geschäft des Krieges“ übernehmen, damit das Militär nicht für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden konnte, für welche die Streitkräfte während der 1980er Jahre von internationalen Menschenrechtsorganisationen und NGOs vermehrt angeklagt wurden.<sup>85</sup> Die *autodefensas* erhielten schnell wachsende Unterstützung der regionalen Eliten, welche ihr Eigentum und ihre politische Vormachtstellung zu verteidigen suchten. Aber auch von den Guerrillas enttäuschte und bedrohte Arbeiter\*innen und Landwirt\*innen waren den *autodefensas* zugetan. Denn die Guerrillas hatten es nicht geschafft, einen politischen und sozialen Wandel einzuleiten, waren mehr auf ihre Ausbreitung und militärische Stärkung fokussiert und hatten begonnen, auch mittelständische und kleine Bäuer\*innen zu erpressen.<sup>86</sup> Die kolumbianische Regierung trieb die Konsolidierung von Privatarmeen zum Schutz des Landeigentums gerade dann verstärkt voran, als dieses zunehmend in die Hände von *narcos* überging. Da keine ausreichenden finanziellen Mittel für die Bürgerwehren zur Verfügung standen, warb auch das Militär vor Ort um Unterstützung. So bot sich den Drogenbaron\*innen die Gelegenheit, mit Geld und Kämpfer\*innen<sup>87</sup> an dieser privaten Sicherheitsallianz zu partizipieren. Dadurch konnten sie sich mit großen Unternehmer\*innen und Landeigentümer\*innen vereinen, indem sie sich als Verteidiger des Establishments gegen die Guerrillas an der Seite der Armee darstellten.<sup>88</sup>

Im Bündnis mit den regionalen Eliten und den Drogenbaron\*innen<sup>89</sup> entwickelten sich die *autodefensas* schnell zu autonomen paramilitärischen Gruppen, welche nicht mehr nur gegen die Guerrillas sondern auch gegen deren vermeintliches Umfeld vorgingen sowie ihre Privatinteressen durchsetzten. Man kann jedoch zu keinem Zeitpunkt von einheitlichen Paramilitärs in Kolumbien sprechen. Im Jahr 1987 erkannte der kolumbianische Staat die Existenz von 140 in ihren Aktionsra-

---

<sup>85</sup> Vgl. Lengert (2013), S. 102f.

<sup>86</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 18.

<sup>87</sup> Genau wie bei den Guerrillas gab es, wenn auch in weitaus geringerer Anzahl, Kämpferinnen in den Reihen der *autodefensas* und Paramilitärs. Vgl. El Tiempo (26.11.2011).

<sup>88</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 18f.

<sup>89</sup> Vor allem in Urabá und Córdoba waren *narcos* am Aufbau paramilitärische Gruppen beteiligt und übernahmen auch z.T. die finanzielle und militärische Kontrolle über diese. Vgl. Reyes Posada (2016), S. 55, 62.

dien<sup>90</sup> und Interessen stark variierenden paramilitärischen Gruppen an. In ländlichen Gebieten entwickelten sie sich in Allianz mit den regionalen Eliten, zu welchen wie erläutert auch Drogenbaron\*innen zählten. In Kriegsgebieten wurden sie von dem Militär zur Aufstandsbekämpfung organisiert. In den Städten des Landes gingen sie direkt aus kriminellen Banden und Drogenkartellen hervor. Die unterschiedlichen lokalen Akteure brachten ihre jeweiligen Interessen in diesen Bündnissen ein, sodass die Aktionen der Paramilitärs auf vielfältiger Weise der Durchsetzung privater wirtschaftlicher Interessen dienten, weniger der Sicherung staatlicher Ordnung. Neben der Aufstandsbekämpfung dienten sie der Durchsetzung von privater Herrschaft, der Vergrößerung von Landbesitz und der Ausschaltung politischer und sozialer Reformbewegungen. Nebenbei waren die Paramilitärs auch im Bereich der organisierten Kriminalität aktiv. Dabei ist zu beachten, dass paramilitärische Gruppen, im Gegensatz zu den Guerrillas, mit staatlichen Akteuren zusammenarbeiten: Militär, Polizei und Geheimdienste stimmten ihre Aktionen mit den Paramilitärs ab, versorgten die Verbände mit geheimen Informationen und Waffen. Auch wenn Regierungen, Politiker\*innen und Militärs offiziell jede Verbindung zu den paramilitärischen Gruppen dementierten, überließen sie ihnen ganze Regionen praktisch zur freien Verfügung und garantierten ihnen Straffreiheit. Staatsmacht und traditionelle Eliten duldeten die Kriminalität der Paramilitärs, solange diese das bestehende Herrschaftssystem sicherten und den wirtschaftlichen Interessen der Eliten zu Gute kam.<sup>91</sup>

## 5.2 Der Einfluss des Kalten Krieges auf die Entwicklung paramilitärischer Gruppen in Kolumbien

Die kolumbianischen Paramilitärs profitierten entscheidend vom US-amerikanischen Antikommunismus. Während des Kalten Krieges standen die USA nicht nur dem externen Feind in Gestalt der Sowjetunion gegenüber, sondern sie sahen sich auch auf dem amerikanischen Kontinent vom Kommunismus be-

---

<sup>90</sup> Manche Gruppen fungierten ausschließlich als lokale Bürgerwehren gegen Übergriffe der Guerrilla, während andere Massaker an der Landbevölkerung auch außerhalb „ihres“ Territoriums begingen und/oder aktiv im Drogengeschäft waren. Vgl. Reyes Posada (2016), S. 55f. Ende der 1980er Jahre verfügten Viehzüchter\*innen, Großgrundbesitzer\*innen und Händler\*innen im ganzen Land über größere oder kleinere Privatarmeen. Dies auch in Regionen ohne Guerrilla-Präsenz, jedoch mit Bäuer\*innen- oder Indigenenbewegungen, welche das Land beanspruchten. Vgl. Ronderos (2015), S. 216.

<sup>91</sup> Vgl. Lengert (2013), S. 109f.

droht. Deshalb bedrängten sie Regierungen und vor allem die Militärs in Lateinamerika, gegen ihre internen Gegner, die linken Bewegungen und Guerrillas mit legalen und illegalen Methoden vorzugehen. In der Militärschule *Escuela de las Americas* wurden Militärs aus Lateinamerika von US-amerikanischen Offizieren antikommunistisch indoktriniert und für diesen Kampf ausgebildet. In den 1980er Jahren schickte die kolumbianische Regierung noch mehr Schüler\*innen als im vorangegangenen Jahrzehnt in diese Militärschule, sodass Kolumbien gemeinsam mit El Salvador und México 72% der eingeschriebenen Lateinamerikaner\*innen stellte.<sup>92</sup> Dadurch konnte sich die antikommunistische Ideologie tief im kolumbianischen Militär verankern.

Die Regierung der USA wollte um jeden Preis den Krieg gegen den drohenden Kommunismus im nahen Lateinamerika, der im sandinistisch regierten Nicaragua schon Fuß gefasst hatte, gewinnen. Da dieser Krieg jedoch nicht offiziell war, fehlte eine stabile und regierungsunabhängige Finanzierungsquelle. Diese fand sich schließlich in den Drogengeschäften. Der berühmte Report des Unterausschusses des US-Senats von 1989 enthüllte, dass die gesamte Operation „*contra*“, wie das Vorgehen gegen die sandinistische Regierung von Nicaragua genannt wurde, vom internationalen Drogengeschäft durchdrungen war. In den Kriegsgebieten waren sowohl die *contras*<sup>93</sup> selber, als auch ihre Flugpilot\*innen, die an ihrer Seite kämpfenden Söldner\*innen und Geldgeber\*innen am Drogenhandel und Schmuggel beteiligt, so der Report.<sup>94</sup> Die Funktionsträger der USA in Nicaragua gingen trotz ihrer Kenntnis der Vorgänge nicht gegen diese vor, aus Sorge sie könnten damit der Operation schaden. Die CIA teilte ihre Informationen über die in das Drogengeschäft involvierten *contras* nicht mit anderen staatlichen Institutionen der USA und behinderten mithilfe der Regierung Reagan (1981-1989) sogar laufende Ermittlungen zu den illegalen Verstrickungen der antikommunistischen Einheiten in Zentralamerika. Jenes Kokain, welches die *contras* in Nicaragua finanzierte, kam hauptsächlich aus Kolumbien. Die kolumbianischen *narcos* hatten schnell begriffen, welche die für sie günstige Seite des Krieges war: Wenn sie sich im Kalten Krieg auf die Seite der USA stellten, würde das enorme Vorteile bringen, weil es in den USA nicht an einflussreichen Personen fehlte, die den

---

<sup>92</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 77f.

<sup>93</sup> Kämpfer\*innen der Operation *contra*.

<sup>94</sup> Vgl. Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations (1988), S. 36f.

Kampf gegen den Kommunismus begrüßten. Nach dieser Logik handelten wohl auch viele Mitglieder der kolumbianischen Streitkräfte. Sie kooperierten ganz offen mit den Paramilitärs, obwohl deren Organisationen bekanntermaßen vom Drogenhandel durchdrungen waren.<sup>95</sup>

*Narcos* und Paramilitärs stellten sich für die Kämpfe des Staates zur Verfügung. Da sie sich dem Kampf gegen die linken Guerrillas verschrieben hatten, nutzten sie dem Staat enorm und lenkten damit zugleich von ihren illegalen Tätigkeitsfeldern ab. Die nicht zuletzt durch die *Escuela de las Americas* stark ideologisierten Militärs empfanden die Friedensangebote der Regierung Betancur (1982-1986) und später auch der Regierung Barco (1986-1990) an die Guerrillas als Verrat. Im Militär sah man die Guerrillas als einzigen und eigentlichen Feind an. Sogar Fördergelder der USA für die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels wurden für Operationen gegen die Guerrillas benutzt.<sup>96</sup> Als die Regierung Betancur in Friedensdialoge mit Guerrillas trat, und sich damit das bestehende politische und soziale System zu verändern drohte, verbündeten sich reformunwilligen Eliten, Politiker\*innen, Militärs und Drogenbaron\*innen gegen ein Friedensabkommen der Regierung mit Guerrillagruppen und förderten einen systematischen Ausbau paramilitärischer Gruppierungen, besonders in Urabá, Córdoba und Magdalena Medio.<sup>97</sup>

Diese Paramilitärs ermordeten gezielt Mitglieder der aus den Friedensverhandlungen mit FARC-EP und EPL entstandenen demokratischen Parteien wie auch Politiker\*innen aus etablierten liberalen und linken Parteien, Gewerkschafter\*innen, soziale Aktivist\*innen und Journalist\*innen und torpedierten damit die Möglichkeit eines Friedens. Als 1985 schließlich Oscar William Calvo, Repräsentant der EPL in den Friedensverhandlungen, von Mitgliedern der Streitkräfte ermordet wurde, brach die EPL das 1984 unterzeichnete Friedensabkommen mit der Regierung Betancur.<sup>98</sup> So ergeben sich zwei Bilder. Zum einen die *narcos* und Paramilitärs, welche die Kriege des Staates gegen den „drohenden Kommunismus“ kämpfen und somit einen gewissen Schutz vor staatlicher Verfolgung erlangen. Zum anderen das Militär, welches sich zusammen mit Politiker\*innen und einflussreichen Personen gegen die eigene Regierung stellt, deren Friedenspolitik unterläuft

---

<sup>95</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 96f.

<sup>96</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 139f.

<sup>97</sup> Vgl. Lengert (2013), S. 103f.

<sup>98</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 174.

und unwirksam macht, indem es sich zu diesem Zweck mit Akteuren aus dem illegalen Bereich vereinigt.

Um das Jahr 1989 wechselten einige ranghohe Militärs<sup>99</sup> zu den Paramilitärs von Fidel Castaño und Henry Perez. Generell fühlte man sich im Militär vom kolumbianischen Staat hintergangen. Obwohl sich die Streitkräfte doch so sehr im antikommunistischen Kampf bemühten, liefen Ermittlungen gegen verschiedene Militärs, welche mit Paramilitärs und *narcos* bei Morden und Massakern kooperierten. In immer mehr *departamentos* wurden linke und liberale Politiker\*innen gewählt, was bei einigen Militärs den Eindruck erweckte, die Regierung sei von der Guerrilla infiltriert worden. So lag der Übertritt zu den Paramilitärs nahe, zumal diese ihre Kämpfer\*innen auch weit besser bezahlten.<sup>100</sup>

All diese Vorgänge zeigen, wie sehr der globale Konflikt des Kalten Krieges die internen bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien beeinflusste und diese Ideologie selbst das unmenschlichste Vorgehen gegen „rote“ Gegner rechtfertigen half.<sup>101</sup> Das Ziel, die Demokratie gegen die „linke Gefahr“ zu verteidigen, heiligte alle Mittel. So benannte es zumindest der ehemalige Militäroffizier und späteres Mitglied der Paramilitärs Carlos Mauricio García: „Nosotros debíamos defender la democracia ante todo, así en algunas ocasiones nos tuviéramos que apartar o salir temporalmente de las reglamentaciones que imponía el mismo sistema.“<sup>102</sup>

## 6 Die Situation Urabás in den 1980er Jahren

Zu Beginn der 1980er Jahre geriet die Region in einen chaotischen Kriegszustand. Genau wie im Rest Kolumbiens kämpften Guerrillas, Paramilitärs, Drogenschmuggler, das Militär als Repräsentant des Staates in wechselnden Allianzen um territoriale, politische Macht und um Reichtum.<sup>103</sup> In Urabá verschwand die ANUC, doch viele Bäuer\*innen hatten sich mittlerweile von uninformierten Landwirt\*innen zu gut organisierten sozialen Aktivist\*innen gewandelt, welche für die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse und den Schutz ihrer Rechte weiter kämpften. Denn in den ländlichen Gebieten wechselten sich Guerrillas, paramili-

---

<sup>99</sup> U.a. Jorge Humberto Victoria (späterer Deckname „Capitán Victoria“), Carlos Mauricio García („Doblezero“) und Manuel Arturo Salom Rueda („JL“). Vgl. ebd. S. 189.

<sup>100</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 189f.

<sup>101</sup> Ebd., S. 187.

<sup>102</sup> Civico (2009), S. 103f.

<sup>103</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (26.03.1994).

tärische Gruppen und das Militär bei der territorialen Kontrolle ab, sodass die schutzlose Landbevölkerung sich der jeweils dominierenden Gruppe zu beugen hatte und mit ihr kooperieren musste, wollte sie überleben. Zum Teil schlossen sich soziale Bewegungen mit Guerrilla-Gruppen zusammen. Protestmärsche, Streiks und Landbesetzungen wurden radikaler und gewalttätiger. Die *narcos* hatten wegen der schon erwähnten, für den Schmuggel sehr vorteilhaften Lage Urabás ein besonderes Interesse an territorialer Kontrolle dieser Provinz: eine Region mit geringer staatlicher Präsenz, Zugang zum Meer, an der Grenze zu Panama gelegen und großen, kaum erschlossenen Gebieten, welche sich gut als Standort für Kokainlaboratorien, den Anbau von Marihuana und Kokain eigneten und geheime Schmuggelrouten boten. Die ansässige Bevölkerung kollaborierte meist mit den *narcos*, ob aus Angst, Zwang oder freiwillig zum eigenen Vorteil. Einige Militärs arbeiteten mit den paramilitärischen Verbänden zusammen. Diese wurden bald für ihre Massaker, Morde mit grausamen Methoden und Vertreibungen von Bäuer\*innen im Norden Urabás bekannt. Es mag im ersten Moment paradox erscheinen, doch die Paramilitärs, mit dem Drogengeschäft im Hintergrund, erwiesen sich oft auch als einzige Wohltäter für die arme Landbevölkerung. In schwer zugänglichen Gebieten, wo der Staat nicht präsent war, um sich um die Erfüllung von Basisdienstleistungen zu kümmern, nutzten *narcos* und Paramilitärs diese Versorgungslücke und banden durch ihr soziales Engagement die benachteiligte Bevölkerung an sich. So konnten die *narcos* und Paramilitärs sich ihre Loyalität sichern und wussten ihre Lager und Laboratorien vor Ort geschützt.<sup>104</sup>

Im Süden Córdoba operierte eine der mächtigsten paramilitärischen Verbände unter Fidel Castaño, einem ehemaligen Drogenschmuggler. Im Zuge seines Krieges gegen EPL und FARC-EP beging die Gruppe zwischen 1987 und 1990 mehrere Massaker an Bäuer\*innen in Córdoba und Urabá.<sup>105</sup> Kurz vor den lokalen Wahlen im Jahr 1988 waren es sieben Massaker innerhalb von nur acht Wochen. Die Partei *Unión Patriótica* (UP), welche 1984 aus der FARC-EP heraus entstanden war und 1986 überraschend gut bei den Wahlen abgeschnitten hatte, sollte samt ihres Wählerkreises durch diese Massaker eingeschüchtert und geschwächt werden.<sup>106</sup><sup>107</sup>

---

<sup>104</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (26.03.1994).

<sup>105</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 77.

<sup>106</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 176f.

Die kolumbianische Regierung unter Virgilio Barco (1986-1990) verfolgte eine Doppelstrategie, um die Guerrillas zurückzudrängen. Nach dem Motto *mano tendida y pulso firme*<sup>108</sup> bemühte sich die Regierung einerseits, den sozialen Forderungen der Bäuer\*innenbewegungen nach Sicherheit der Bevölkerung und Verbesserung ihre wirtschaftlichen und sozialen Lage nachzugeben, um damit den Guerrilla-Organisationen den Nährboden zu entziehen und andererseits durch verstärkte Militärpräsenz, wie den Einsatz von Militärbürgermeistern und militärische Aktionen die Guerrillas direkt zu bekämpfen. Die über Jahrzehnte konstante staatliche Vernachlässigung der ländlichen Gebiete sowie das Leiden der ansässigen Bevölkerung unter dem bewaffneten Konflikt wurden anerkannt. Die betroffenen Kommunen sollten durch soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte<sup>109</sup> gefördert werden. Außerdem sollte die Funktion des Rechtsstaats und seiner Institutionen in den marginalisierten Regionen ausgebaut werden. Urabá gehörte zu den 18 „geförderten“ Regionen.<sup>110</sup> Zwischen 1987 und 1988 stiegen die staatlichen Investitionen in Urabá um 26%. Auch in der Bananenindustrie entschloss man sich, vermehrt soziale Investitionen vorzunehmen.<sup>111</sup> Doch nach rund 50 Jahren, in welchen Urabá kaum substanzielle Unterstützung erfahren hatte, reichten auch die breit angelegten Projekte und Investitionen in den 1980er Jahren nicht aus, um den Lebensstandard der wachsenden Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und den bestehenden Notstand aus Zeiten staatlicher Abwesenheit wieder wett zu machen. So konnten weder die Ursachen der sozioökonomischen und politischen Missstände behoben, noch der innere Kriegszustand beruhigt werden. Die Entwicklungsprojekte wurden viel zu spät und mit zu geringen Geldmitteln von Staat und *departamento* gefördert.<sup>112</sup>

---

<sup>107</sup> Dazu gehören die Massaker auf den *veredas* La Negra, Honduras und Puerto Bello mit 42 Todesopfern. (*vereda* bedeutet Weg/Pfad und beschreibt in Kolumbien Höfe (und kleine Siedlungen), die nur durch einen längeren Weg mit dem nächsten Dorf verbunden sind) Sieben Jahre nach den Vorkommnissen wurden unter anderem der ehemalige Bürgermeister Puerto Boyacás, Luis Alfredo Rubio Rojas, und einige führende Militärs des *Batallon Voltigeros* (später *XVII Brigada*), welches der Militärverwaltung in Urabá unterstand, als Mittäter verurteilt. Vgl. Arbeláez Encheverri (26.03.1994). Das ist ein anschauliches Beispiel der Verwicklungen von Amtsträgern und von Militärangehörigen in Massaker an ihrer Bevölkerung.

<sup>108</sup> In etwa: ausgestreckte Hand und fester Griff.

<sup>109</sup> Straßenbau, Ausbau der Stromversorgung, technische und wirtschaftliche Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion, Schulbau, Aufbau von Gesundheitszentren etc. Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 46.

<sup>110</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 45f., siehe auch Arbeláez Encheverri (25.03.1994).

<sup>111</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri, Omaira (28.03.1994), siehe auch Arbeláez Encheverri, Omaira (29.03.1994).

<sup>112</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (28.03.1994).



Die Regierungsarbeit kam in eine Legitimationskrise, als den politischen Versprechungen zum Trotz die Landbevölkerung nicht vor den zunehmenden Morden und Massakern geschützt wurde. Ganz im Gegenteil schien die erhöhte Militärpräsenz, welche als Maßnahme für die Sicherheit der Zivilbevölkerung und zur Bekämpfung der Guerrilla gedacht war, das Klima der Gewalt noch anzuheizen. Die humanitäre Krise und die andauernden Menschenrechtsverletzungen durch alle Konfliktparteien in Kolumbien wurden von staatlicher Seite nicht in ihrem gesamten Ausmaß anerkannt und deshalb auch nicht angegangen. Der politische Diskurs des Präsidenten und hoher Regierungsfunktionär\*innen schützte das Militär: das Militär sei zum Schutz der Bevölkerung da und somit könne es überhaupt keine Menschenrechtsverletzungen begehen. Doch nicht nur die staatlichen Sicherheitsinstitutionen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, auch die Paramilitärs wurden nicht ernsthaft verfolgt. Damit waren die Friedensmöglichkeiten mit der FARC-EP in eine Sackgasse geraten. Diese wollte sich erst vollständig demobilisieren, wenn die Mitglieder der UP nicht weiter verfolgt und die Regierung Fortschritte in der Demokratisierung des Landes erzielen würde. Die Regierung forderte hingegen zunächst einen unilateralen Waffenstillstand von Seiten der FARC-EP, bevor sie selbst weitere Abmachungen des ursprünglichen Friedensvertrags erfüllen werde. Als 1987 der Präsidentschaftskandidat der UP, Jaime Pardo Leal, von Mitgliedern der Paramilitärs<sup>113</sup> ermordet wurde, fand eine geheime Regierungskonferenz mit hohen Militäroffizieren und Vertreter\*innen der kolumbianischen Sicherheitsbehörden statt. Bei dem Treffen dominierte die These, dass die FARC-EP selbst den Präsidentschaftskandidaten der UP ermordet hätte. Angeblich würde sie die Gewalt gegen die UP weiter anheizen wollen, um ein Argument für die Fortführung ihres bewaffneten Kampfes zu haben.<sup>114</sup> Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr politisch linke Parteien und Bewegungen im kolumbianischen Establishment unter Generalverdacht standen.

Obwohl, wie beschrieben, Befriedungsversuche von der Regierung ausgingen, war die Lage in Urabá erschreckend. Die Militarisierung Urabás hatte 1976 begonnen und mit ihr war, entgegen ihres offiziellen Zwecks, die Verbrechensrate gestiegen. Von durchschnittlich 12,1 Morden pro Monat im Jahr 1976 erhöhte

---

<sup>113</sup> Zwei Auftragsmörder, welche eine Paramilitärschule durchlaufen hatten und von Rodriguez Gacha, einem Drogenbaron mit eigener paramilitärischer Privatarmee, für den Mord beauftragt wurden. Vgl. Ronderos (2015), S. 60.

<sup>114</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 49f.

sich die Mordrate fast um ein vierfaches bis zu 45,57 monatlichen Todesopfern im Jahr 1988. 95% dieser Morde blieben straflos. Zwischen 1985 und 1989 waren 92% der gewaltsamen Todesopfer in Urabá Zivilist\*innen, während 17,05% Guerriller\*s und 8,48% Soldaten waren.<sup>115</sup>

## 7 Der Friedensschluss von 1991

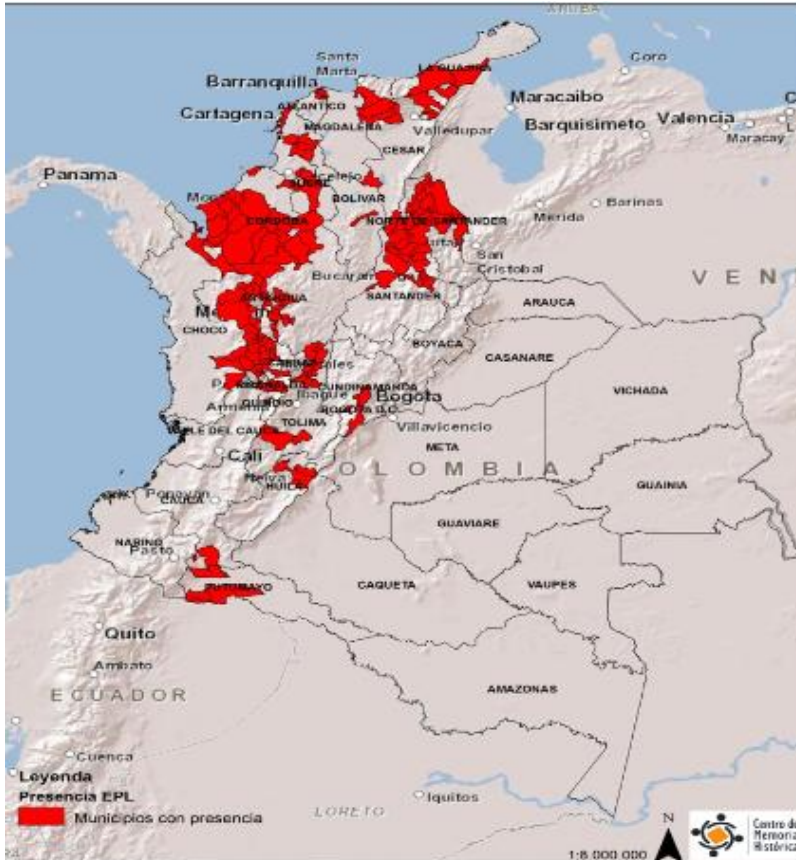


Abbildung 4: Regionen Kolumbiens, in denen die EPL vor ihrer Demobilisierung 1991 präsent war<sup>116</sup>

### 7.1 EPL und andere Guerrillas unterzeichnen ein Friedensabkommen

Im Juni 1988 versuchte die 1970 entstandene „Stadtguerrilla“ M-19 durch die Entführung eines berühmten Mitglieds der konservativen Partei (Álvaro Gómez Hurtado) die kolumbianische Regierung zu Friedensgesprächen zu zwingen. In diesen sollte eine demokratische Reform für Kolumbien erörtert werden, welche die M-19 als Bedingung für ihre Auflösung stellte. Doch die Regierung unter Barco wollte sich nicht zu Verhandlungen erpressen lassen und teilte mit, dass die

<sup>115</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (29.03.1994).

<sup>116</sup> CNMH – Centro Nacional de Memoria Histórica (ohne Angabe).

einzig möglichen Verhandlungspunkte die Demobilisierung und Reintegration der Kämpfer\*innen seien und dass demokratischer Wandel nur aus legalen politischen Prozessen entspringen könne.<sup>117</sup> Schließlich fand im Juli 1988 ein Gipfeltreffen in Usaquén, Bogotá statt<sup>118</sup>, an dem neben Mitgliedern der Guerrilla verschiedene politische Oppositionsparteien<sup>119</sup>, Gremien, Zivil- und Arbeiterverbände und Repräsentanten der katholischen Kirche teilnahmen. Die Regierung hatte sich geweigert teilzunehmen, sagte aber zu, die Ergebnisse der Zusammenkunft zu studieren.<sup>120</sup> Um politischen Boden in der Diskussion über den Frieden zurückzugewinnen, welche bisher maßgeblich von der Regierungsoption und der M-19 bestimmt worden war, und um nicht als Gegner des Friedens dazustehen, erarbeitete die Regierung Barco ein Dokument namens *Iniciativa para la Paz*, welches einen Fahrplan<sup>121</sup> für mögliche Friedensgespräche mit der Guerrilla enthielt. Zudem stimmte die Regierung der Erörterung von Konfliktthemen und deren Ursachen im Rahmen eines Gespräches mit der Guerrilla zu.<sup>122</sup>

Die Friedensgespräche wären für alle Guerrilla-Gruppen zugänglich gewesen. Doch Guerrillas wie die EPL und die ELN sahen die Friedensdialoge als Kapitulation an und wollten somit nicht teilnehmen.<sup>123</sup> Schließlich begann die M-19 im Januar 1989 als einzige Guerrilla-Gruppe Friedensverhandlungen mit der Regierung und legte am 2. März 1990 offiziell die Waffen nieder. Die Reintegration und die Sicherheit der ehemaligen Kämpfer\*innen war geregelt worden, doch die im Friedensvertrag vorgesehene Verfassungsreform ließ auf sich warten.<sup>124</sup> Seit 1988 hatte es Initiativen gegeben, welche durch eine Volksabstimmung eine breite verfassungsgebende Versammlung ermöglichen wollten. Auch der *Consejero Presidencial para la Paz*<sup>125</sup> war von dieser Idee angetan, da die Hoffnung bestand,

---

<sup>117</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 53f.

<sup>118</sup> *Cumbre Nacional por la Paz*.

<sup>119</sup> Die Guerrillas M-19 und PRT (*Partido Revolucionario de Trabajadores*) nahmen durch (Video-)Botschaften an dem Gipfel teil. Zugegen waren u.a. Mitglieder der Parteien *Partido Liberal*, UP und der Präsident des *Directorio Nacional Social Conservador*, Rodrigo Marín Bernal. Die Mitglieder des *Partido Liberal* stellten klar, nicht als Vertreter der Regierung anwesend zu sein. Vgl. *Semana* (29.08.1988).

<sup>120</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 55f.

<sup>121</sup> Die vier Phasen: 1. Entspannung 2. Sammlung der Kämpfer in einer entmilitarisierten Zone 3. Nationale und regionale Dialoge 4. Abkommen, welches eine Verfassungsreform auf institutionellem Weg vorsieht sowie die Demobilisierung und Reintegration der Kämpfer\*innen regelt. Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 56.

<sup>122</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 56.

<sup>123</sup> Ebd., S. 57f.

<sup>124</sup> Ebd., S. 61, 64.

<sup>125</sup> Der Friedensbeauftragte des Präsidenten.

durch politischen Wandel den Aufständischen und somit dem bewaffneten Konflikt die Grundlage entziehen zu können. Ein historisches Urteil des Obersten Gerichtshofes von Kolumbien machte es schließlich möglich, dass eine breite verfassungsgebende Versammlung durch Wahlen einberufen werden konnte. Bis dahin waren Änderungen der Verfassung allein dem Kongress vorbehalten gewesen. Am 27. Mai 1990 fand eine Volksabstimmung statt, wobei die Mehrheit für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung stimmte.<sup>126</sup>

Nun bekundeten u.a. die EPL gemeinsam mit der *Partido Comunista de Colombia Marxista-Leninista* (PCC ML)<sup>127</sup>, sowie die Guerrillas *Partido Revolucionario de Trabajadores* (PRT) und MAQL Interesse, an solch einer verfassungsgebenden Versammlung teilzunehmen und dadurch den politischen Wandel in Kolumbien mitgestalten zu können. Die EPL vertrat die Meinung, dass die fortdauernden Kriegshandlungen die Lösung der Krisen des Landes verhindern würden. Vielmehr brauche es eine politisch verhandelte Lösung im Rahmen einer neuen demokratischen institutionellen Ordnung. Diese könne durch die verfassungsgebende Versammlung gegeben werden. Daher beschloss die Führung der EPL sich unverzüglich in Friedensverhandlungen mit der Regierung Barco zu begeben, um an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Kolumbien mitzuwirken. FARC-EP und ELN hingegen distanzierten sich von der Position der EPL, welche ihrer Ansicht nach aus „kampffschwachen Aristokraten“ bestünde, die sich Bedingungen von der Regierung aufzwingen ließen, und intensivierten ihren bewaffneten Kampf.<sup>128</sup>

Zu Beginn der Friedensverhandlung von Regierung und EPL wurden verschiedene Orte in Kolumbien bestimmt, an denen sich die *frentes*<sup>129</sup> der EPL für die Verhandlungen zu sammeln hätten. Dies barg Konflikte, da die Regierung alle Kämpfer\*innen der EPL in einem Friedenscamp zu versammeln gedachte, während die EPL auf regionale Camps in ihren Einflussregionen bestand (siehe Abb. 4).<sup>130</sup> Auch innerhalb der EPL kam es zu Konflikten. So konnte keine Einigung mit dem

---

<sup>126</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 66, 68.

<sup>127</sup> Die PCC ML ist die Partei, aus welcher die EPL 1967 hervorgegangen war. Vgl. Chavarro/Rampf, (2014), S. 5f. Bei Villarraga Sarmiento erscheint PCC ML (S. 71f.) an anderer Stelle als PC ML (S. 86.). Ich habe mich für die einheitliche Form PCC ML entschieden.

<sup>128</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 70, 72.

<sup>129</sup> Fronten.

<sup>130</sup> Schließlich einigte man sich auf Camps in Urabá, Córdoba, Guajira, Occidente de Antioquia, Bolivar, Riseralda, Norte de Santander und Putomayo. Vgl. Villarraga Sarmineto (2015), S. 77.

*commandante* Caraballo bezüglich der Friedensverhandlungen erzielt werden. Caraballo blieb den Verhandlungen fern.<sup>131</sup>

Als Zeichen ihres guten Willens verpflichtete sich die EPL, Geiseln freizulassen. Im Gegenzug sagte die Regierung in einem geheimen Zusatzdokument zu, eine laufende Militäroffensive gegen die EPL zu stoppen. Außerdem erkannte die Regierung an, dass die EPL nicht besiegt sei und man daher gemeinsam einen Plan zur Entwaffnung der EPL ausarbeiten würde. Zudem unterstützte die Regierung die Umwandlung der EPL zu einer demokratischen politischen Partei. In dieser Form könnten sie an der verfassungsgebenden Versammlung teilnehmen. Illegalen subversiven Gruppen bliebe dies hingegen untersagt.<sup>132</sup>

Noch während der Friedensverhandlungen fand ein Regierungswechsel statt. Präsident Barco hob noch kurz vor seinem Rücktritt die Militärverwaltung für Urabá auf. Der designierte Präsident Cesar Gaviria hatte allerdings schon verkündet, dass er die Bedingungen der bevorstehenden verfassungsgebenden Versammlung ändern werde. Die EPL warnte davor, dass eine solche Änderung den laufenden Friedensprozess gefährde und schickte einen Brief mit Forderungen an Gaviria.<sup>133</sup>

Doctor Gaviria: la propuesta hecha por usted al país, va en contravía del proceso de paz que venimos adelantando y es de gran preocupación para nosotros que ese vaya a ser el rumbo que guíe su gobierno. Por tales motivos, pensamos que de no modificarse tal propuesta se verá seriamente afectado el interés del conjunto del EPL de llegar a la exitosa culminación del proceso que hemos iniciado por el bien de las mayorías nacionales.<sup>134</sup>

Tatsächlich ging die Regierung Gaviria (1990-1994) auf die Argumente ein. Sie führte den Friedensprozess fort und unterstützte bewusst die gleichzeitigen Bemühungen zu einer Verfassungsreform. Als Fundament dieser Friedenspolitik diente das Dokument *Estrategia contra la Violencia*<sup>135</sup>, welches eine integrale Behandlung der verschiedenen gewaltauslösenden Faktoren in Kolumbien empfahl. So sollten Themen wie Schutz der Menschenrechte, Entwicklungspolitik sowie die Verbesserung der Staatslegitimität und der Staatspräsenz Teil der Verhandlungen sein. Zwischen 1990 und 1991 fanden Friedensverhandlungen mit der EPL, der PRT und der MAQL statt. Die Regierung einigte sich mit allen drei

---

<sup>131</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 77f.

<sup>132</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 76, 78.

<sup>133</sup> Ebd., S. 76, 85.

<sup>134</sup> Aus: *Carta del EPL al presidente electo, César Gaviria. Pueblo Nuevo, Necoclí, Urabá, Julio 23 De 1990*, Villarraga Sarmiento (2015), S. 79.

<sup>135</sup> Strategie gegen die Gewalt.

Guerrillagruppen auf Straferlass, Förderung legaler politischer Projekte der Demobilisierten, Teilnahme an der verfassungsgebenden Versammlung und die Ausarbeitung von Reintegrationsprogrammen.

Die weiterhin aktiven Guerrillas, also die FARC-EP, ELN und eine kleine *disidencia*<sup>136</sup> der EPL unter der Führung von Caraballo, gründeten währenddessen eine Dachorganisation mit dem Namen *Coordinadora Guerrillera Simon Bolivar* (CGSB)<sup>137</sup>. Die *disidencia* der EPL erkannte die Friedensdialoge nicht an und wollte mithilfe der FARC-EP die EPL neu aufbauen.<sup>138</sup> Die fortlaufenden Kampfhandlungen zwischen Militär und den aktiven Guerrillas belasteten die Friedensdialoge der anderen Guerrillagruppen. Denn durch diese verloren die Pro-Friedenskräfte in der Öffentlichkeit an politischer Zustimmung, während die Stimmen, welche für eine Militarisierung sprachen, erneut lauter wurden.<sup>139</sup>

Auch in den Friedensverhandlungen mit der Regierung Gaviria traten immer neue Schwierigkeiten auf. So verlangte die Regierung zunächst die vollständige Entwaffnung der EPL vor der Aufnahme von Verhandlungen. Die EPL unterstrich jedoch, dass die Demobilisierung nur ein Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen sein könnte. Die Gespräche kamen ins Stocken. Doch die näher rückende verfassungsgebende Versammlung bewog die EPL schließlich dazu, den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen. Neue Komplikationen entstanden, als Präsident und Minister sich von den Verhandlungen zu distanzieren schienen und Antonio Bejarano als Friedensbeauftragter und Verhandlungsvertreter der Regierung mit seinem Team die substanziellen Probleme und Themen in den Friedensverhandlungen nicht zu lösen vermochte. In einigen Regionen kam es auch zu Auseinandersetzungen der für die Verhandlungen versammelten Guerrillakämpfer\*innen mit der *fuerza publica*, was das Misstrauen von Viehzüchter\*innen in den Friedensprozess wachsen ließ.<sup>140</sup> Die EPL drohte sogar, aus dem Friedensprozess auszusteigen, sollte sich das Gesprächsniveau nicht bessern. Sie forderten die Anwesenheit des Ministers am Verhandlungstisch und einen direkten Kontakt zum Präsidenten. Ein Gipfeltreffen mit den drei verhandelnden Guerrillas, der Regierung

---

<sup>136</sup> Abtrünnige Gruppe.

<sup>137</sup> Die CGSB war ursprünglich im Jahr 1987 aus dem Zusammenschluss der EPL, ELN, FARC-EP, M-19, MAQL und PRT entstanden und war durch die Friedensverhandlungen auseinandergebrochen, bis die Dachorganisation 1991 von den im Text genannten Guerrillas wieder reaktiviert wurde. Vgl. Radio Nacional de Colombia (28.11.2016).

<sup>138</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 83f.

<sup>139</sup> Ebd., S. 87.

<sup>140</sup> Ebd., S. 85f.

und anderen Parteien<sup>141</sup> brachte die Verhandlung wieder in Schwung. Ende des Jahres 1990 legte die PCC ML zusammen mit der Regierung Richtlinien fest, welche schließlich auch das Friedensabkommen mit der EPL ermöglichten. Diese tauschte ihre Demobilisierung gegen eine garantierte Teilnahme an der verfassungsgebenden Versammlung ein.<sup>142</sup> Der Friedensvertrag zwischen EPL und der Regierung Gaviria wurde am 15. Februar 1991 in Santa Fé de Bogotá unterschrieben.

### *Vertragsinhalte*

Am 1. März 1991 legten die Kämpfer\*innen der EPL mit Ausnahme von Caraballo und seinen Gefolgsleuten endgültig die Waffen nieder. Internationale Beobachter\*innen wurden eingeladen, welche allerdings ausschließlich die Abgabe der Waffen verifizierten.<sup>143</sup> Zwei Vertreter\*innen der EPL wurde garantiert, an der verfassungsgebenden Versammlung teilnehmen zu können<sup>144</sup>. Das politische Projekt der EPL, *Esperanza Paz y Libertad* (Partei EPL), wurde durch von der Regierung finanzierte Fernsehsendungen und Zeitungsannoncen thematisiert und beworben.<sup>145</sup> Reintegrationsprogramme<sup>146</sup> sollten die Wiedereingliederung der Kämpfer\*innen in das zivile und wirtschaftliche Leben erleichtern. Die Kämpfer\*innen bekamen Straferlass für jene Taten, die sie im Rahmen der Guerrilla begangen hatten.<sup>147</sup> Die körperliche Sicherheit von ca. 40 durch ihren Rang besonders gefährdeten Guerrillamitgliedern sollte mithilfe von Leibwächter\*innen, zur Verfügung gestellten Fahrzeugen und schussicheren Westen geschützt werden.<sup>148</sup> Der Vertrag sah auch ein Programm für die Opfer des Konflikts vor, wel-

---

<sup>141</sup> Parteien, welche die Dokumente zur verfassungsgebenden Versammlung unterzeichnet hatten. Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 87.

<sup>142</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 87.

<sup>143</sup> Ebd., S. 88.

<sup>144</sup> Zunächst als Sprecher und nach der definitiven Entwaffnung der EPL als Delegierte mit vollen Rechten. Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), I-Representación en la Asamblea Nacional Constituyente.

<sup>145</sup> Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), III-Promoción del Proyecto Político.

<sup>146</sup> Diese beinhalteten eine Schul- und Berufsbildung, sowie Unterricht in Kultur und Bürger\*innenpflichten während des Aufenthalts in den Camps, danach ein sechsmonatiges Gehalt, eine einmalige Finanzierung von 2 Mio. kol. Pesos für ein wirtschaftliches Projekt oder eine Ausbildung/Studium, und abrundend eine Krankenversicherung. Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), VII-Plan de Reinserción.

<sup>147</sup> Dies betraf auch die Inhaftierten. Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), VI-Garantías Jurídicas.

<sup>148</sup> Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), VIII-Plan de Seguridad.

ches noch auszuarbeiten sei.<sup>149</sup> Dies geschah allerdings nicht, da die Regierung einen Mangel an finanziellen Ressourcen beklagte und sich dagegen verwahrte, eine Inventur der Opfer aufzustellen.<sup>150</sup> Ein weiterer Vertragsinhalt war die Errichtung einer *Comisión de Superación de la Violencia*<sup>151</sup>, welche Diagnosen von Ursachen der Konflikthandlungen stellen und Empfehlungen erarbeiten sollte, diese zu lösen. Allerdings wurden die von der Kommission erarbeiteten Vorschläge durch die Regierung nicht bearbeitet, obwohl diese sich im Vertragstext<sup>152</sup> dazu verpflichtet hatte. Schließlich sah der Vertrag noch zu entwickelnde regionale sozioökonomische Entwicklungsprojekte für Gebiete vor, in denen die EPL präsent gewesen war.<sup>153154</sup>

### *Die Verfassung von 1991*

Die bis heute gültige Verfassung von 1991 „räumt den Menschenrechten eine zentrale Bedeutung ein [...]. In Artikel 11-94 wurden umfassende politische, bürgerliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte aufgenommen.“<sup>155</sup> Die Verfassung deklarierte Kolumbien als einen pluriethnischen Staat und räumte indigenen Gruppen und Afrokolumbianer\*innen besondere Rechte ein, darunter auch das Recht auf ihr traditionelles Gemeindeland, welches sie mit eigenen Räten verwalten können.<sup>156</sup> Die direkten politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung wurden durch vier Instrumente<sup>157</sup> gestärkt. Die *acción de tutela* wurde geschaffen: Danach kann jede\*r Bürger\*in bei einem vermuteten Grundrechtsverstoß die Gerichte anrufen, welche den Fall innerhalb von zehn Tagen zu entscheiden haben. In der Verfassung wurde dem Militär und der Polizei

---

<sup>149</sup> Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), IX-Derechos Humanos y Factores de Violencia.

<sup>150</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 88f.

<sup>151</sup> Kommission zur Überwindung von Gewalt.

<sup>152</sup> Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), IX-Derechos Humanos y Factores de Violencia.

<sup>153</sup> Vgl. Villarraga Sarmiento (2015), S. 88f.

<sup>154</sup> Diese sollten insgesamt einmalig mit 2.000 Mio. kol. Pesos von der Regierung gefördert werden. *Departamentos, municipios*, der privatwirtschaftliche Sektor, NGOs etc. sollten zur Mitarbeit und Teilfinanzierung dieser Projekte animiert werden. Vgl. Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación (15.02.1991), X-Planes Regionales.

<sup>155</sup> Heinz (1997), S. 141.

<sup>156</sup> Ebd., S. 141.

<sup>157</sup> 1. Gesetzesvorhaben der Bürger\*innen sind durch ein Referendum möglich 2. Präsident\*in, Gouverneur\*innen und Bürgermeister\*innen können durch Volksabstimmungen Entscheidungen zu bestimmten Themen herbeiführen 3. Absetzung von Gouverneur\*innen und Bürgermeister\*innen ist durch Bürger\*innenwahl möglich 4. Offene Gemeinde- und Stadtratsversammlungen unter der Beteiligung von Bürger\*innen und Funktionär\*innen können jederzeit stattfinden. Vgl. Heinz (1997), S. 142.



jedoch eine Sonderstellung eingeräumt, die erhebliche Folgen haben sollte. Mit der weiterhin fast uneingeschränkten Militärgerichtsbarkeit müssen sich Angehörige der Streitkräfte (ausgenommen die obersten Ränge) für Delikte, welche sie im Dienst begehen, nicht vor ordentlichen Gerichten, sondern ausschließlich vor der Militärjustiz verantworten. Auch die Polizei untersteht disziplinarrechtlich der Militärjustiz. Da diese nicht unabhängig ist, wurden von Mitgliedern der staatlichen Sicherheitsapparate begangene Menschenrechtsverletzungen oft nur unzulänglich aufgeklärt und blieben straflos.<sup>158</sup>

## 7.2 Wie Fidel Castaño seine Paramilitärs demobilisierte

Wie bereits im Kapitel 5.2 erwähnt, liefen im Jahr 1989 Ermittlungen gegen die Paramilitärs wie auch gegen das Militär, welches mit ihnen kooperierte. Ein Enthüllungsbericht über die illegalen Aktionen dieser Gruppen hatte die Regierung unter Druck gebracht, zu handeln. Die Regierung Barco (1986-1990) ordnete die Verfolgung paramilitärischer Gruppen an, der Oberste Gerichtshof verbot Neugründungen von *autodefensas* sowie deren militärische Unterstützung durch die Streitkräfte Kolumbiens. Das Militär sollte nun die Paramilitärs verfolgen, verweigerte jedoch diese Aufgabe. So wurde zu diesem Zweck schließlich eine Spezialeinheit der Polizei gegründet, die allerdings wenig Resultate erbrachte.<sup>159</sup> Die paramilitärischen Gruppen, welche bisher von den kolumbianischen Autoritäten toleriert worden waren, standen plötzlich im Zentrum der Aufmerksamkeit und mussten damit rechnen, für ihre Verbrechen bestraft zu werden. Als die Guerrilla M-19 in Friedensverhandlungen mit der Regierung Barco eintrat, versuchte sie, die größten paramilitärischen Verbände des Landes ebenfalls zur Demobilisierung zu bewegen, um einen tatsächlichen Frieden für Kolumbien überhaupt zu ermöglichen. Unter den neuen Bedingungen bekundeten Henry Pérez und Ariel Otero die „Köpfe“ der Paramilitärs aus der Region Magdalena Medio, 1990 schließlich ihr Interesse, in Friedensverhandlungen mit der Regierung einzutreten, ihre Paramilitärs zu demobilisieren, sie in eine demokratische Partei umzuwandeln und auch an der verfassungsgebenden Versammlung mitzuwirken. Die neue Regierung verwahrte sich jedoch gegen den Antrag, weil diese Paramilitärs wegen ihrer zahlreichen Massaker und tiefen Verstrickungen ins Drogengeschäft nicht als po-

---

<sup>158</sup> Vgl. Heinz (1997), S. 142f.

<sup>159</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 66f.

litische „Rebellen“-Gruppe gelten konnten. Ironischer Weise brauchte die Regierung Gaviria im Krieg gegen Escobar später die Mithilfe der Paramilitärs. Obwohl die Regierung nicht dazu bereit war, einen Frieden mit den Paramilitärs auszuhandeln, demobilisierten sich die paramilitärischen Verbände aus Magdalena Medio. Allerdings suchten viele demobilisierte Paramilitärs, aus Angst vor Racheakten der FARC-EP und Pablo Escobars, Schutz in den Reihen anderer paramilitärischer Gruppen.<sup>160</sup> Im September 1990 lieferten sich auch die „Ochoa Brüder“ aus, Mitbegründer der paramilitärischen Gruppe MAS<sup>161</sup>, alliierte Drogenhändler des Medellínkartells und Landkäufer im *departamento* Córdoba, obwohl sie in der Folge zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Fidel Castaño hingegen, Anführer der Paramilitärs aus Córdoba, verfolgte eine andere Taktik. Er verkündete völlig überraschend im Oktober 1990 auf seiner Finca Las Tangas die Demobilisierung seiner Paramilitärs, in Anwesenheit der von ihm geladenen Repräsentant\*innen der im Friedensprozess begriffenen M-19 und EPL, einem hohen Mitglied des *Fondo Ganaderos*, eines Viehzüchterverbandes, García Caicedo und des Regierungschefs von Córdoba, Jorge Elías Nader. Er versprach, der Regierung 600 Waffen zu übergeben und seinen Krieg für immer zu beenden. Es gab keinen offiziellen Friedensprozess mit ausgehandelten Bedingungen, wie bei M-19 und EPL. Überraschenderweise blieben Forderungen nach Geständnis und Gefängnisstrafe für ihn aus, wie es das Gesetz *ley de sometimiento* von 1990 für solche Fälle vorsah. Außerdem behielt Castaño 30-40 seiner Kämpfer\*innen zu seinem privaten Schutz zurück. Tatsächlich applaudierte die mediale Öffentlichkeit Fidel Castaño zu der Demobilisierung. Dieser hatte als Zeichen seines guten Willens auch eine Friedensorganisation in Córdoba, *Fundación para la Paz de Córdoba*, kurz *Funpazcord*, gegründet. Der Organisation schenkte er einen großen Teil seiner Ländereien, damit diese eine private Agrarreform durchführen konnte. Zudem stellte er *Funpazcord* ein Budget von 7 Millionen kol. Pesos zur Verfügung, wovon Schulen und Straßen gebaut, sowie Lehrer\*innen und Ärzt\*innen für die Region bezahlt wurden. Die gespendeten Ländereien waren zum Großteil durch Gewaltanwendung, Vertreibungen und il-

---

<sup>160</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 68f.

<sup>161</sup> *Muerte a Secuestradores*, gegründet von verschiedenen Drogenhändlern Kolumbiens 1981, als Antwort auf die Entführung eines Mitglieds der Familie Ochoa. Vgl. Chica (09.02.2019).

legale Methoden in Castaños Besitz gekommen.<sup>162</sup> Dieses Land wurde nun an vertriebene Bäuer\*innen aus anderen Gegenden verteilt, was ihre Lebensumstände verbesserte. Castaño hatte damit in wenigen Monaten mehr für die Landbevölkerung tun können als der kolumbianische Staat in 30 Jahren gescheiterter Agrarreform.<sup>163</sup> Doch stand das Land den Beschenkten nicht zur freien Verfügung. So durften sie es nicht ohne die Zustimmung von *Funpazcord* an Dritte verkaufen, eine Regel, welche sie angeblich vor Missbrauch schützen sollte. Von der Landverteilung profitierten nicht nur Opfer des Konflikts sondern auch alte Freund\*innen und Verbündete Castaños, treue Auftragsmörder\*innen, aber auch demobilisierte *guerrilleros* mit ihren Familien.<sup>164</sup>

## 8 Hält der Frieden?

### 8.1 Die Situation in Urabá nach dem Friedensschluss

Nun, als sich Kolumbien demokratisch eine neue Verfassung gegeben hatte und die in der Region Urabá aktive Guerrilla EPL und die Paramilitärs von Fidel Castaño in das zivile Leben zurückgekehrt waren, kehrte auch die Hoffnung auf Frieden nach Urabá zurück. Parallel zum Friedensabkommen der EPL mit der Regierung hatten sich auch die Arbeitnehmer\*innen-Arbeitgeber\*innen-Beziehungen verbessert, wobei Konfliktlösungen in einem friedlichen Dialog gesucht wurden. Die Militärverwaltung war aufgelöst worden. Eine Zollfreie Zone für Urabá wurde angekündigt.<sup>165</sup> Die Partei EPL bemühte sich in Kooperation mit der Arbeitgeber\*innenvertretung der Bananenindustrie *Augura*, Arbeitnehmer\*innengremien und der katholischen Kirche, einen als *pacto social* bezeichneten Plan für die integrale wirtschaftliche Entwicklung der Region und die Stabilisierung des Friedens<sup>166</sup> auszuarbeiten.<sup>167</sup> Der *pacto social* wirkte zunächst ent-

---

<sup>162</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 197f.

<sup>163</sup> Nach Fidel Castanos Tod im Jahr 1998, brachten seine jüngeren Brüder, welche inzwischen die Köpfe der ACCU (*Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá*) waren, mit Gewalt und Drohungen die Ländereien wieder zurück in den Familienbesitz. Vgl. Ronderos (2015), S. 201.

<sup>164</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 200.

<sup>165</sup> Vgl. El Colombiano (02.02.1992).

<sup>166</sup> Zusammen mit der Reintegration der ehemaligen Kämpfer\*innen sollten die fundamentalen Nöte der Region in Bereichen wie Gesundheit, Infrastruktur, Bildungswesen etc. unter der Mithilfe von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sektoren gemeinsam angegangen werden. Vgl. El Colombiano (18.04.1991). Man einigte sich auf den Schutz der Arbeitsrechte, Reinvestition von Gewinnen in den Ausbau der örtlichen Infrastruktur und zugleich auf eine Produktivitätssteigerung

spannend auf die Arbeitgeber\*innen-Arbeitnehmer\*innenbeziehung.<sup>168</sup> Vom Friedensabkommen profitierte somit auch die Bananenindustrie. Im ersten Halbjahr 1991 stieg die Produktion der Frucht um 25%. 1992 machte der Bananenanbau 48,5% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion des *departamento* Antioquia aus. 1993 erwirtschaftete die Bananenindustrie in Urabá einen Gewinn von 274,4 Millionen US-Dollar. Dieser Produktionszweig schuf im Jahr 1994 30.000 direkte Arbeitsplätze auf mehr als 300 Fincas<sup>169</sup>.<sup>170</sup> All diese Faktoren zogen Zuwanderer\*innen und Binnenflüchtlinge aus anderen Teilen Kolumbiens an in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Die Infrastruktur Urabás war jedoch nicht auf den rasanten Bevölkerungszuwachs vorbereitet. So schien die neue Welle von Zuwanderung zunächst das dringlichste Problem in der Region zu sein, weil der Staat diesem Problemfeld zu wenig Aufmerksamkeit schenke, moniert *El Colombiano*.<sup>171</sup>

Erst im März 1993 trat der aus dem Friedensabkommen von 1991 entstandene *Plan Urabá* in Kraft, welcher Investitionen von 132.000 Millionen kol. Pesos in die Region vorsah. 86% sollten aus dem Staatshaushalt finanziert werden, während die begünstigten *municipios* nur den Restbetrag zu übernehmen hätten. Obwohl die Regierung Antioquias schon 1984 versprochen hatte, mindestens 50.000 neue Wohnungen in Urabá zu errichten, fehlten im Jahr 1992 allein im *municipio* Apartadó mit über 50.000 Einwohnern rund 10.000 Wohnungen. Die Versprechungen waren leere Worte geblieben. So kam es dazu, dass unter dem Druck der vermehrten Einwanderung nach Urabá seit 1991 Landbesetzungen immer noch ein akutes Problem darstellten. 20% der Besetzer\*innen stammten aus Urabá, während rund 40% aus anderen Regionen Kolumbiens kamen, angelockt von der Ankündigung einer Freihandelszone. Neu hinzugezogene Bananenarbeiter\*innen mit ihren Familien machten die restlichen 40% aus.<sup>172</sup>

---

im Bananensektor, z.B. durch die Ausweitung der Anbauflächen. Vgl. Comisión de Superación de la Violencia (1992), S. 34.

<sup>167</sup> Vgl. *El Colombiano* (18.04.1991).

<sup>168</sup> Vgl. Comisión de Superación de la Violencia (1992), S. 34.

<sup>169</sup> In den Gemeinden Turbo, Chigorodó, Apartadó und Carepa. Vgl. Arbeláez Encheverri (20.03.1994).

<sup>170</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (20.03.1994).

<sup>171</sup> Vgl. *El Colombiano* (02.02.1992).

<sup>172</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (28.03.1994).

## 8.2 Das Scheitern

Die zu Beginn der 1990er Jahre hoffnungsvoll erscheinende Lage in Urabá, welche nun als Vorbild des greifbar gewordenen Friedens für ganz Kolumbien galt, schlug nur allzu schnell um. Alte Konfliktherde brachen wieder auf und so stufte der Verteidigungsminister Kolumbiens Urabá nur knapp drei Jahre nach dem Friedensschluss mit der EPL als die konfliktreichste Region des Landes im Bereich der öffentlichen Ordnung ein.<sup>173</sup>

In dem 1992 von der *Comisión de Superación de la Violencia* veröffentlichten Buch *Pacificar la Paz* wird speziell über Urabá berichtet. Eines der Hauptfelder des Konflikts sei der Kampf um Land, welcher sich vor allem im Norden Urabás in den *municipios* San Juan, San Pedro de Urabá, Arboletes und in dem *corregimiento*<sup>174</sup> El Tomate konzentriere. In diesen Zonen des Großgrundbesitzes würden arme Bäuer\*innen ein Stück Land für ihre Subsistenz und ein Obdach fordern. Dort würden die von Paramilitärs unterstützten Viehzüchter\*innen eine Kontra-Agrarreform vorantreiben und sich immer größerer Landstücke bemächtigen. Verschärfend komme die Anwesenheit von Drogenhändler\*innen als Investoren und Landherren in diesen Gebieten und dem *Eje Bananero* hinzu.<sup>175</sup> Nach Auskunft von Bewohner\*innen Urabás waren die genannten Gegenden zu jener Zeit die Hauptbastionen der *autodefensas* und Paramilitärs in Urabá, denen sich weder Guerrillas noch Militär entgegenzustellen wagten.<sup>176</sup> Das bedeutet, dass sich inzwischen erneut Guerrillas und Paramilitärs in Urabá betätigten, dass Drogenkonflikte weiterhin bestanden und dass sich die Landbevölkerung trotz der Entwicklungsprojekte in einer prekären Situation befand.<sup>177</sup>

Obwohl mit dem Friedensabkommen von 1991 die Militärverwaltung in Urabá aufgelöst worden war, herrschte 1994 weiterhin eine starke Militär- und Polizei- präsens in der Zone. Das Militär war mit mehr als 5.000 Soldaten durch die *Bri-*

---

<sup>173</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (29.03.1994).

<sup>174</sup> Gemeindebezirke.

<sup>175</sup> Vgl. Comisión de Superación de la Violencia (1992), S. 35.

<sup>176</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (28.03.1994).

<sup>177</sup> Im Vergleich zum kolumbianischen Durchschnitt, war Urabá in verschiedenen Bereichen wenig entwickelt. Gegenüber 82% kolumbianischer Haushalte, waren in Urabá nur 63% an das Wassernetz angeschlossen. So blieb die Region auch beim Abwassersystem mit einer Abdeckung von 30% im Vergleich zu 50% im kolumbianischen Durchschnitt zurück. Im *municipio* Turbo hatten sogar nur 2% der Haushalte Zugang zum Abwassersystem. Auch im Bereich der Bildung zeigte sich eine Diskrepanz. In den städtischen Gebieten Urabás schlossen nur 29% und auf dem Land bloß 11% der Kinder die weiterführende Schule ab, gegenüber dem kolumbianischen Mittelwert von 68%. Vgl. Arbeláez Encheverri (28.03.1994).

gade XVII und dem *Comando No. 1* mit dem *Batallon Voltigeros*, welche an den Massakern von 1988 beteiligt gewesen waren (vgl. Kapitel 4), vertreten. Die Polizei war mit 600 Beamt\*innen in zehn *municipios* und vier *corregimientos* stationiert, wobei es Pläne für einen Ausbau der Polizeistationen gab. Die Exekutivkräfte hatten die Aufgabe, neben dem gemeinen Verbrechen den Drogenhandel, Paramilitärs und Guerrillas zu bekämpfen.<sup>178</sup>

1994 zählte Urabá 350.000 Einwohner\*innen, davon 40.000 ohne festen Wohnsitz. Die Geburtenrate stieg zu diesem Zeitpunkt jährlich um 12%. 60% der Bewohner\*innen städtischer Räume waren Siedler\*innen, die sich das Stück Land, auf dem sie lebten, zu Eigen gemacht hatten.<sup>179</sup> Die Landbesetzer\*innen erfuhren Solidarität von Gewerkschaften, die Gewerkschaften wiederum von linken politischen Gruppen und Parteien, welche beschuldigt wurden, unter dem Einfluss von Guerrillas zu stehen. Die Guerrillas wurden vom Militär bekämpft, während Paramilitärs die Landbesetzer\*innen verfolgten. Linke Aktivist\*innen und Politiker\*innen verschwanden im Zuge der sog. *guerra sucia*<sup>180</sup> und ließen ihr Leben. Die Unternehmer\*innen hielten sich meist fern vom Konfliktgeschehen in den Städten auf, von wo aus sie ihre Geschäfte auf dem Land regelten. Und der Staat suchte, wie schon erwähnt, durch Sozialinvestitionen den kriegführenden sozial engagierten Bewegungen die politische Grundlage zu entziehen.<sup>181</sup>

In allen diesen Hinsichten war die Lage Urabás fast wieder so, wie sie vor den Friedensabkommen von 1991 gewesen war. Wie konnte es zu diesem Rückschlag kommen? Dies wird im Folgenden beleuchtet.

### 8.3 Die Partei EPL unter doppeltem Druck

Einen Monat nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zeigten sich Sprecher\*innen der Partei EPL um die schleppende Umsetzung bestimmter Vertragsinhalte besorgt<sup>182</sup> Am 20. Mai 1991 veröffentlichten demobilisierte Kämp-

---

<sup>178</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (28.03.1994).

<sup>179</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (20.03.1994).

<sup>180</sup> Wörtlich „schmutziger Krieg“.

<sup>181</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (29.03.1994).

<sup>182</sup> Inhaftierte Kämpfer\*innen, welche von den vereinbarten Regelungen zum Straferlass profitieren sollten, waren wegen juristischer Verzögerungen noch nicht aus den Haftanstalten entlassen. Die Sicherheit der ehemaligen *comandantes* war entgegen der Vertragsbestimmungen nicht gewährleistet und ein politischer Sprecher der *Esperanzados* (Bezeichnung für Mitglieder von *Esperanza Paz y Libertad*) war im *departamento Cesar* ermordet worden. Auch die Mechanismen zur Reintegration der Kämpfer\*innen in das zivile Leben warteten auf eine genauere Ausarbeitung, von welchen allein in Urabá zwischen 300 und 400 Personen abhängig waren. Zwar bot der Bana-

fer\*innen ein Schreiben, in welchem sie ihre Wiederbewaffnung androhten. Die hohen Kommandeure und Repräsentant\*innen der jungen Partei EPL seien gut reintegriert worden und ökonomisch abgesichert, doch die ehemaligen mittleren und unteren Ränge der EPL befänden sich in einer misslichen Lage. Versprochene monatliche Zahlungen waren ausgeblieben, genauso wie die ausgehandelte medizinische Versorgung und Bildungsmöglichkeiten. Dies führte zu einer Spaltung und Vereinzelung innerhalb der Gruppe der Demobilisierten.

Antonio Navarro Wolff, ehemaliger Kämpfer der M-19, äußerte sich im Mai 1992 zu dem staatlichen Versäumnis, die durch die Demobilisierung der Guerrillas entstandenen Machtvakuen in vielen Regionen Kolumbiens mit eigener Präsenz zu füllen. So konnten andere bewaffnete Gruppen, wie Guerrillas, paramilitärische Verbände und kriminelle Banden, in die Lücke treten. Dadurch wurde die soziale Wiedereingliederung ganzer Regionen unmöglich.<sup>183</sup>

1994 berichtet *El Tiempo* über weitere Schwierigkeiten bei der Vertragsumsetzung. Das Fehlen von Weiterbildungsprogrammen gemeinsam mit den zeitlich auf 6 Monate begrenzten Zahlungen an die ehemaligen Kämpfer\*innen brachten viele der Demobilisierten in eine prekäre ökonomische Situation. Im Vertrag war auch keine Lösung für eine langfristige Förderung der Wohnsituation ehemaliger Kämpfer\*innen erdacht worden. So sahen die meisten der Demobilisierten sich gezwungen, das ihnen zugeteilte Startkapital, welches offiziell wirtschaftliche Eigeninitiativen und Projekte fördern sollte, für ein eigenes Heim aufzuwenden. Grundsätzlich fehlte ein Kontrollmechanismus über die Vertragsumsetzung einschließlich möglicher Sanktionen.<sup>184</sup> Generell scheint der Friedensvertrag unter dem Druck der bevorstehenden verfassungsgebenden Versammlung sehr schnell ausgehandelt worden zu sein, sodass einige Vertragsinhalte zu Vertragsschluss noch nicht gänzlich ausgereift waren.

Nicht wenige Demobilisierte sahen sich angesichts solcher Erfahrungen von dem Friedensvertrag und somit auch von der Führungsriege der EPL betrogen. Im Krieg sozialisiert, hatten sie z. T. kaum Schulbildung erfahren, kannten kein Be-

---

nensektor Arbeit, doch auch die Registrierung und Dokumentierung (Geburtsurkunden, Ausweise...) der ehemaligen Kämpfer\*innen, welche nach Vertrag schon in den Camps hätte stattfinden sollen, war noch nicht geregelt worden, was deren Einstieg in das reguläre Arbeitsleben erschwerte. Vgl. *El Colombiano* (31.03.1991), *Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejército Popular de Liberación* (15.02.1991), VII-Plan de Reinserción.

<sup>183</sup> Vgl. Gonzalo Betancur B. (15.05.1992).

<sup>184</sup> Vgl. Mercado (05.03.1994).

rufsleben und gesellschaftlich-demokratische Mitverantwortung, waren sie nun ohne Unterstützung und wirtschaftliche Perspektiven völlig auf sich allein gestellt. Unter diesen Umständen bekam die *disidencia* der EPL, welche sich um den *comandante* Caraballo gesammelt hatte, einigen Zulauf von ehemaligen Kämpfer\*innen, die enttäuscht und wütend erneut zu den Waffen griffen. So deutete zumindest Hernán Correa, ein *Esperanzado*<sup>185</sup>, im Jahr 1994 die Entwicklungen.<sup>186</sup>

Die sog. *Caraballistas* begannen bereits im September 1991 mit ihren bewaffneten Aktivitäten, wobei sie vor allem die *Esperanzados* auf den Tod verfolgten. Unterstützung in ihrem Kampf erfuhren die *Caraballistas* von der V *frente* der FARC-EP und der Guerrilla *Milicias Bolivarianas*.<sup>187</sup> Allein zwischen November 1991 und Januar 1992 wurden 15 Gewerkschafter, welche zugleich Mitglieder der Partei EPL waren, in Urabá ermordet. Nachforschungen des Militärs und der Partei EPL ergaben, dass die Morde von *Caraballistas* und Mitgliedern der FARC-EP begangen worden waren. Diese übernahmen schnell die Kontrolle von Regionen, in welchem die EPL durch ihre Auflösung als Guerrilla und ihre Neugründung als Partei ein Machtvakuum hinterlassen hatten. Mario Agudelo Vásquez, führende Persönlichkeit der Partei EPL, vermutete, dass die *disidencia* um Caraballo herum durch die Morde einschüchtern und politischen Raum für sich beanspruchen wolle.<sup>188</sup>

#### *Der Fall „La Chinita“*

Im Januar 1994, kurz vor den Wahlen zum Kongress der Republik, fand ein Massaker mit 33 Toten und 17 Verletzten<sup>189</sup> auf einem Nachbarschaftsfest im Viertel la Chinita des Stadtkreises Apartadó statt. La Chinita war im Jahr 1991 durch eine Landbesetzung entstanden. In La Chinita sympathisierte eine Mehrheit mit der Partei EPL, welche sich in den vorangegangenen Wahlen als eine Konkurrenz für die UP erwiesen hatte<sup>190</sup> und am Tag des Massakers eine Versammlung mit mehr als 2.000 Zuhörer\*innen in La Chinita abhielt. In dem Viertel hatten sich 5.500

---

<sup>185</sup> Bezeichnung für Mitglieder der Partei *Esperanza Paz y Libertad*.

<sup>186</sup> Vgl. Correa, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri (09.04.1994).

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Vgl. *El Nuevo Siglo* (25.01.1992), siehe auch *El Colombiano* (30.01.1992).

<sup>189</sup> *El Colombiano* spricht von 35 Toten und 8 Schwerverletzten. Vgl. *El Colombiano* (24.01.1994a).

<sup>190</sup> Hierbei gewann die Partei EPL in den 11 *municipios* der Region 5.000 Stimmen. Die traditionell vor Ort dominierende UP erhielt 9.950 Stimmen. Trotz des Vorsprungs der UP waren die *Esperanzados* zu einer starken Konkurrenz geworden. Vgl. *El Tiempo* (24.01.1994).



Personen für die bevorstehenden Wahlen registrieren lassen.<sup>191</sup> Das muss der UP und der FARC-EP ein Dorn im Auge gewesen sein, so Mario Agudelo Vásquez. Die EPL war genau wie die UP aus einer Guerrilla heraus entstanden. Im Gegensatz zur UP existiere die Partei EPL jedoch ohne einen bewaffneten Arm erfolgreich in der politischen Legalität. So entzöge die EPL der Argumentation, dass eine Kombination aller Kampfformen notwendig sei, die Grundlage und stelle somit die Daseinsberechtigung der FARC-EP als bewaffneter Arm der UP in Frage. Die Hinweise deuteten tatsächlich auf die FARC-EP als Urheber des Massakers hin.<sup>192, 193</sup>

Von neun bei den letzten Wahlen gewählten Stadträten aus der EPL übte zum Zeitpunkt des Massakers nur noch ein einziger sein Amt aus. Drei waren gestorben, einer bei einem Attentat schwer verletzt worden und vier aus Urabá geflohen. Im Jahr 1993 waren 135 *Esperanzados* ermordet worden und im Januar 1994 in einem einzigen Stadtviertel Apartadós, Policarpa, welches unter dem Einfluss der UP und der FARC-EP stand, bereits zehn. Die Regierungsmaßnahmen zum Schutz vor Gewalt blieben ineffizient. Trotz verstärkter Militärpräsenz in der Region durch die Aufstellung einer neuen Militärbrigade und der Gründung einer Friedensberatungsstelle<sup>194</sup>, welche sich mit dem Thema der Gewalt befassen sollte, waren weder die linken Politiker\*innen noch ihre Wähler\*innen sicher. Ein Politiker der EPL kritisierte im *El Colombiano*, dass vor Ort jede\*r wisse, wer zu den FARC-EP gehöre, sich das Militär allerdings damit begnüge, auf ihren Stationen zu verweilen, anstatt durch die *barríos* und Bananenländereien zu patrouillieren, um vor der Guerrilla zu schützen. Zugleich sprach er sich für die Einrichtung einer Militärstation in La Chinita aus. Der Regierungsminister Villegas bestritt jedoch, dass die Gewalt in Urabá etwas mit Versäumnissen der Regierung in den Bereichen Sicherheit, sowie sozialer und ökonomischer Förderung der Region zu tun habe. Die staatliche Präsenz in Urabá hätte sich verbessert und die Justizapparate vor Ort seien gestärkt worden. Einziger Grund für die Gewalt sei die Intole-

---

<sup>191</sup> Vgl. *El Tiempo* (24.01.1994).

<sup>192</sup> Vgl. *El Colombiano* (25.01.1994).

<sup>193</sup> Ein Deserteur der *V frente* der FARC-EP bestätigt in der Zeitung *El Tiempo*, dass UP und FARC-EP, trotz öffentlicher Dementierung dieser Tatsache, sehr eng zusammenarbeiteten und dass die *V frente* der FARC-EP im Dezember 1993 den Befehl des Hauptsekretariats der FARC-EP erhalten hätte, die Partei EPL in Urabá „auszulöschen“. Vgl. *El Tiempo* (30.01.1994).

<sup>194</sup> *Consejería*.

ranz der Guerrillas.<sup>195</sup> Die *Partido Comunista de Colombia* (PCC) verurteilte das Massaker in La Chinita scharf und bezichtigte wiederum paramilitärische Gruppen und „kriminelle Banden“ als Verursacher der Gewalt. Hierbei wies die PCC speziell auf die *Comandos Populares* hin, aus verfolgten Mitgliedern der Partei EPL entstandene Gruppen, welche sich zu ihrer Verteidigung zu *autodefensas* zusammengetan hatten.<sup>196</sup> Die Schuldzuweisung an die UP, mit der FARC-EP zusammenzuarbeiten und für das Massaker in La Chinita mitverantwortlich zu sein, musste für die UP einen Affront darstellen. Sie befürchtete, aufgrund der Anschuldigungen zukünftig verstärkt von Militär und Polizei verfolgt zu werden.<sup>197</sup>

Die Kongresswahlen nach dem Massaker fanden am 13. März 1994 statt. In La Chinita waren von den *Milicias Bolivarianas* unterzeichnete Aushänge angebracht worden, welche androhten, dass es am Wahltag keinen Frieden geben werde. Letztendlich kam es nicht zu Ausschreitungen, doch die Wahlbeteiligung in den mehrheitlich mit der EPL sympathisierenden Stadtvierteln blieb hinter jener in Vierteln, in welchen der Einfluss von UP und PCC stärker war, zurück.<sup>198</sup> Zudem war unerklärlicherweise ein großer Teil der als wahlberechtigt registrierten Personen aus La Chinita von der Namensliste verschwunden. Außerdem erhielt La Chinita im Gegensatz zu anderen Vierteln gleicher Größe kein eigenes Wahllokal, sodass die Wähler\*innen einen weiten Fußweg zu bewältigen hatten, um ihre Stimmen abzugeben.<sup>199</sup>

Nach der Wahl analysierte Hernán Correa, Mitglied der Partei EPL, die Verfolgung seiner Partei, ihrer Mitglieder und Anhänger in der Zeitung *El Colombiano*. Die *Coordinadora Guerrillera Simon Bolivar* hätte die Demobilisierung der EPL und ihre Neugründung als politische Partei als Verrat und Überlaufen zur politischen Rechten verurteilt. Die ersten Morde an demobilisierten Kämpfer\*innen der EPL seien nicht von der *disidencia* der EPL selbst, sondern durch die *V frente* der FARC-EP und die *Milicias Bolivarianas* begangen worden. Nachdem die *disidencia* militärisch zurückgedrängt worden sei, hätten die *V frente* der FARC-EP und die *Milicias Bolivarianas* sich nicht weiter hinter dieser verstecken kön-

---

<sup>195</sup> Vgl. *El Tiempo* (24.01.1994).

<sup>196</sup> Vgl. *El Colombiano* (24.01.1994b).

<sup>197</sup> Vgl. Arbeláez Encheverri (21.03.1994).

<sup>198</sup> Vgl. Restrepo (15.03.1994).

<sup>199</sup> Vgl. Correa, Mauricio (14.03.1994).

nen und seien selbst ganz aktiv in die Verfolgung der *Esperanzados* eingestiegen. UP und PCC sähen in der Partei EPL einen Rivalen, der ihnen die politische Macht in Urabá ernsthaft streitig machen könnte. UP und PCC bedauerten zwar öffentlich das Schicksal der *Esperanzados*, doch würden sie nichts dafür tun, die Gewalt zu verhindern. Solange die Guerrilla nicht bereit sein sollte, eine Lösung zu finden, werde kein Frieden in Urabá herrschen, bis die Regierung Präsenz zeige, indem sie Justiz und Staatsanwaltschaft stärke und militärisch hart durchgreife. Ergänzend müsse die Region auch tatsächlich, wie versprochen, ökonomisch und sozial gefördert werden. Die Guerrillas, UP und PCC sprächen von einem erneut aufkeimenden „Paramilitarismus“ in der Region. Nach Correa sei dieser die natürliche Antwort der Bürger\*innen auf Übergriffe und Bedrohung der Guerrilla, vor welchen die Bevölkerung keinen effektiven staatlichen Schutz erfahre. Allerdings könnten die Selbstverteidigungsgruppen keine langfristige Lösung darstellen.<sup>200</sup>

In derselben Zeitung stellte Hernán Durango, Mitglied des *Comité de la dirección Ejecutiva Regional del PCC-UP*, die Probleme Urabás etwas anders dar. Die gewalttätige Konfrontation fände allein zwischen der Partei EPL und den *Caraballistas* statt. PCC und UP würden ihren politischen Einfluss in Urabá nutzen, um als Mediatoren die Wogen zu glätten und die *Caraballistas* dazu zu bewegen, ihren Krieg gegen die *Esperanzados* zu beenden. Zunächst hätten sich aus den Reihen der Partei EPL *Comandos Populares* als *autodefensas* lediglich zur Verteidigung gegen die *Caraballistas* gegründet. Doch mittlerweile würden die *Comandos Populares* sich auch gegen den militanten Flügel der PCC und führende Mitglieder der UP wenden, um diesen keinen politischen Raum zu überlassen. So würde die Partei EPL durch die *Comandos Populares* versuchen, sich auf gewalttätige Weise ihrer politischen Konkurrenz zu entledigen und politische Kontrolle über Urabá zu erringen. Die *Comandos Populares* kontrollierten ganze Gegenden in Apartadó und Turbo und würden ihre Gewalt auch gegen das Wahlvolk der UP und PCC richten. Durango stritt ab, dass seine Bewegung etwas mit den *Milicias Bolivarianas* oder der *V frente* der FARC-EP zu tun habe. Die *Esperanzados* sollten ihre Probleme direkt mit den Guerrillas lösen und die UP und die PCC aus dem Spiel lassen. Hauptfaktor für die Gewalt, welche Urabá aufs

---

<sup>200</sup> Vgl. Correa, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri (09.04.1994).

Neue erschütterte, seien die paramilitärischen Gruppen. Die *Comandos Populares* würden in Zusammenarbeit mit dem *Ejército Pacificador de Apartadó* (EPA), und den *Autodefensas del Norte de Urabá* agieren. Diese Gruppen würden vom Militär, wie auch von Viehzüchter\*innen und Bananenunternehmer\*innen unterstützt. Dennoch seien die Guerrillas immer noch die weitaus stärkere Kraft in Urabá, welche sich in einer Pattsituation mit dem Militär befände. Die Lösung der urabensischen Konfliktfelder läge in verstärkten sozialen Investitionen<sup>201</sup> in die Region. Die diesbezüglichen Pläne der nationalen Regierung wären nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Doch ein tatsächlicher Frieden könne nur dann entstehen, wenn die gewalttätigen Akteure Militär, Guerrilla und Paramilitärs gemeinsam einen Dialog miteinander beginnen würden.<sup>202</sup>

So ergibt sich ein Bild, in dem die linken Parteien sich von der jeweils anderen verfolgt und bedroht fühlten und sich nur darin einig waren, dass der Staat seinen Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung und der Förderung Urabás nicht nachkomme. Die Bevölkerung war derweil, je nach der bei ihnen vermuteten politischen Neigung, Zielscheibe politisch motivierter Angriffe, Morde und Massaker mal durch die eine, mal durch eine andere Gruppe. Wer wen verfolgte und welche Rolle die staatliche Politik dabei übernahm, soll im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

#### 8.4 *Comandos Populares* und Wiederbewaffnung der Paramilitärs

Während 1991 in Córdoba eine *pax castaña* herrschte, Fidel Castaño Land verteilte, Gelder spendete und davon träumte, ein gerechteres System als der kolumbianische Staat selbst aufbauen zu können, errichtete er, versteckt hinter seiner Friedensorganisation *Funpazcord*, erneut eine paramilitärische Armee, um sich andernorts in Kolumbien die Kontrolle über Ländereien zu sichern.<sup>203</sup> Alias „Monoleche“, Chefleutnant unter den Castaño Paramilitärs, erläuterte 2012 vor dem Gericht, dass es Fidel Castaño, neben dem Kampf gegen die Guerrilla, besonders daran gelegen war, ertragreiche Ländereien unter seine Kontrolle zu bringen.<sup>204</sup> Seine Kämpfer begingen in Zusammenarbeit mit der Polizei am 16. Dezember

---

<sup>201</sup> Wohnräume, öffentliche Dienste, Bildung, etc. Vgl. Durango, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri (08.04.1994).

<sup>202</sup> Vgl. Durango, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri (08.04.1994).

<sup>203</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 217.

<sup>204</sup> Vgl. Audiencia de control de imputaciones contra Jesús Ignacio Roldán, ante la sala de Justicia y Paz del Tribunal Superior de Medellín, 23 mayo 2012, zitiert in Ronderos (2015), S.214.

1991 ein Massaker an indigenen Landbesetzer\*innen im *departamento* Cauca. 1992 gelangte Castaños Privatarmee in den Norden Urabás, nach Necoclí, wo sie sich auf einer Finca eine Basis aufbauten.<sup>205</sup> Im Juni 1992 befürchtete Darío Mejía, Mitglied der Partei EPL, dass sich *Esperanzados* zu ihrer Verteidigung wiederbewaffnen würden. Er prophezeite, dass dies zunächst zwar zur Selbstverteidigung geschehen würde, doch aus dieser Aktion heraus sehr schnell unabhängige bewaffnete Gruppen entstehen könnten.<sup>206</sup> Noch in demselben Jahr schlossen sich einige *Esperanzados* zu Selbstverteidigungsgruppen zusammen, den *Comandos Populares*, um sich gegen die Angriffe ihrer ehemaligen Mitstreiter\*innen (den *Caraballistas* und ihren Verbündeten), denen sie schutzlos ausgeliefert waren, wehren zu können.<sup>207</sup> Die in Necoclí agierende Gruppe von Castaño verbündete sich mit den neu entstehenden *Comandos Populares*.<sup>208</sup> Die *Comandos Populares* begingen mit finanzieller und tatkräftiger Hilfe der Paramilitärs von Fidel Castaño Massaker und selektive Morde an Mitgliedern der UP und PCC. Bis zur Demobilisierung der EPL hatten sich die Guerrillas ihre Macht in den Gewerkschaften auf Grundlage eines Nichtangriffs-Paktes aufgeteilt. So konnte später leicht festgestellt werden, welche politische Gruppe in den jeweiligen Gewerkschaften auf den Fincas das Sagen hatte. Diese Informationen wurden von den *Comandos Populares*, wie auch von den *Caraballistas* und der FARC-EP genutzt. Am 9. Dezember 1993 ermordeten *Comandos Populares* zwölf Gewerkschafter der PCC und UP auf einer Finca bei Turbo.<sup>209</sup> Carmen Palencia, Überlebende des Konfliktes in Urabá, berichtet, dass die Bevölkerung so stark polarisiert war, dass Zivilist\*innen aus persönlicher Rache Informationen über Dritte an die bewaffneten Gruppen weiterleiteten.<sup>210</sup> Zwar hatte Fidel Castaño bewaffnete Gruppen in Urabá und im Westen Córdoba stationiert, doch lag sein Hauptaugenmerk auf dem in Medellín und Umgebung ausgebrochenen Krieg gegen Pablo Escobar, seinem ehemaligen Verbündeten. Gemeinsam mit anderen ehemaligen Paramilitärkommandeuren und *narcos*, sowie mit der Hilfe des *Cartel de Cali* organisierte er *Los Pepes, Perseguidos por Pablo Escobar*. Denn Escobar hatte neben seinem persönlichen Krieg gegen den kolumbianischen Staat damit ange-

---

<sup>205</sup> Vgl. Rutas del Conflicto (2017).

<sup>206</sup> Vgl. Darío Mejía bei Gonzalo Betancur B. (25.06.1992)

<sup>207</sup> Vgl. El Colombiano (04.10.1992).

<sup>208</sup> Vgl. Rutas del Conflicto (2017).

<sup>209</sup> Ebd.

<sup>210</sup> Vgl. Carmen Palencia in Rutas del Conflicto (2017).

fangen, Freunde und Verbündete zu ermorden, wenn diese ihn in seinem Krieg nicht unterstützen wollten, oder von ihm des Verrats verdächtigt wurden. So wurde Escobar selbst zu einer Gefahr für seine ehemaligen Verbündeten. Denn keine im Drogengeschäft involvierte Person konnte sich wünschen, in einen Krieg gegen den Staat hineingezogen zu werden, welcher die Sicherheit der illegalen Geschäfte gefährden und die eigene Verfolgung durch den Staat provozieren würde.<sup>211</sup> *Los Pepes* arbeiteten verdeckt koordiniert mit der Polizei, dem Militär und dem DAS<sup>212</sup> zusammen, um Pablo Escobar und das *Cartel de Medellín* zu Fall zu bringen. Durch *Los Pepes* konnten die paramilitärischen Strukturen wieder erstarren und sich neu mit *narcos* und mit Personen aus den staatlichen Sicherheitsapparaten vernetzen. Zudem bestätigte sich, dass es versteckt hinter einem höheren, mit der Regierung geteilten Ziel möglich ist, eine fast grenzenlose Gewalt zu entfesseln, ohne dass diese vom Staat in Frage gestellt oder verhindert wird.<sup>213</sup>

Nach Escobars gewaltsamen Tod im Dezember 1993 lösten sich *Los Pepes* auf. Einzelne Verbände blieben aber weiterhin bewaffnet. Sie bildeten den Nährboden für die paramilitärische Expansion in den 1990er Jahren, die fast ganz Kolumbien erfassen sollte.<sup>214</sup> Durch die Zerschlagung des *Cartel de Medellín* konnte dessen ehemaliger Rivale, das *Cartel de Cali*, seinen Handlungsradius erweitern. Das Kartell versuchte auch seinen politischen Einfluss in Kolumbien zu stärken. Es finanzierte die Wahlkampagne von Ernesto Samper Pizarro, welcher schließlich 1994 zum Präsidenten gewählt wurde, mit sechs Millionen US-Dollar. Damit konnte Samper die fehlenden Stimmen für seinen Wahlsieg kaufen. Diese fragwürdige Finanzierung seines Wahlkampfes und der Wählerstimmenkauf gerieten jedoch nachträglich an die Öffentlichkeit, was den Präsidenten mehrfach unter Druck setzte. Die USA verlangten immer neue Beweise für einen ernsthaften Kampf gegen die Drogen, welcher unter der Regierung Samper daraufhin intensiviert wurde. So wurde schließlich 1995 auch das *Cartel de Cali* zerschlagen. Politiker\*innen ließen sich ihre entlastenden Zeugenaussagen für Samper vor Gericht bezahlen und auch die Großunternehmer\*innen des Landes tauschten ihre Unterstützung für Sampers Politik gegen eine für sie vorteilhafte Wirtschaftspolitik ein. Das Militär hingegen fühlte sich von seinem neuen Präsidenten missachtet und

---

<sup>211</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 206f.

<sup>212</sup> *Departamento Administrativo de Seguridad*, kolumbianischer Inlandsgeheimdienst.

<sup>213</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 208.

<sup>214</sup> Ebd.

verweigerte ihm die moralische Autorität, seine Sicherheitsstrategien durchzusetzen, während sie unabhängig von der Regierung mit den paramilitärischen Gruppen kollaborierten.<sup>215</sup> Noch immer herrschte die Ideologie des Kalten Krieges im Militär. Ihre geringen Ressourcen, die fehlende gesellschaftliche Anerkennung ihrer Opfer im Kampf gegen die Guerrilla und eine Politik, welche sich scheinbar mehr mit den Drogenkartellen als mit der Guerrilla, dem ihrer Ansicht nach eigentlichem Problem des Landes, beschäftigte, schmerzte viele Militärs. So unterstützten sie die *guerra sucia* gegen die Guerrillas und deren vermeintliche Verbündete, welcher weit mehr zivile Kriegsoffer forderte als Opfer unter den Kämpfer\*innen.<sup>216</sup> In einem Leserbrief nimmt ein anonym bleibender Militäroffizier Stellung:

1. ¿Será que la clase política colombiana quiere que la defendamos o lo que realmente busca es desgastarnos en una lucha estéril que solo produce muertos y lisiados [...]?
2. ¿Será que la Procuraduría y la Fiscalía, que sólo tienen ojos para el Cartel de Cali y el Defensor del Pueblo, quien cree que únicamente debe defender al ELN, no han entendido que esta es una lucha mancomunada y solidaria de la guerrilla y sus socios los narcotraficantes para acabar con toda capacidad de respuesta del Estado y poder así manejar el país a su antojo?
3. ¿Quien va entonces defender lo poco que han dejado del país los políticos, los narcotraficantes y la guerrilla?217

Dieser Leserbrief verdeutlicht die Stimmung im Militär, welches sich von der Politik verraten fühlte und gemeinsam mit den aufstrebenden Paramilitärs einen eigenen Krieg gegen die aus Militärsicht von dem Drogengeschäft korrumpierte Guerrillas kämpfte. Während das Militär die direkte Konfrontation mit der Guerrilla suchte, gingen die Paramilitärs gegen deren vermeintliches soziales Umfeld vor und verfolgten „[...] die linksgerichtete Opposition, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Gemeinderäte, Bauernzusammenschlüsse und weitere Formen von Basisorganisationen.“<sup>218</sup> In einem Zeitungsinterview erläuterte

---

<sup>215</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 21f.

<sup>216</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 218.

<sup>217</sup> Anonym bleibender Militäroffizier in El Tiempo (24.02.1994).

<sup>218</sup> Lengert (2013), S. 106.

te *Coronel* Fernando Becerra Pacheco, Kommandeur des *Comando Operativo No. 1* in Urabá, seine Sicht auf die Massaker in der Gegend. Die gesamte Gewalt würde von schon immer existierenden kriminellen Gruppen, den sog. Guerrillas, ausgehen, denn diese würden jeden Fortschritt der Region hin zu einem friedlichen Klima verhindern wollen. Die Arbeiter\*innenkonflikte der Region seien bereits Anfang der 1990er Jahre gelöst worden und dies würde der Guerrilla nicht passen. So würde sie Massaker auf der Arbeiter\*innenseite sowie auf Seiten der Unternehmer\*innen verüben, um Gewalt zu säen. Die Medien und die Bevölkerung würden fälschlicherweise von der Existenz paramilitärischer Gruppen in der Region sprechen. Hierbei würde es sich allerdings bloß um kriminelle Banden handeln, welche nicht sofort als Guerrillas identifiziert werden könnten. Diese Banden hätten in den urbanen Räumen keinen Handlungsspielraum und würden daher auf dem Land ohne jeden Grund einfache Arbeiter\*innen umbringen, vielleicht, um die Ruhe und das gute Leben in der Region zu stören.<sup>219</sup> Auch dieses Interview verdeutlicht, dass das Militär sich nicht neutral verhielt und das Problem der wiedererstarkenden Paramilitärs verharmloste bzw. unsichtbar machte.

Im Januar 1994 war Fidel Castaño unter rätselhaften Umständen ermordet worden<sup>220</sup>, woraufhin seine zwei Brüder Carlos und Vicente die Führung seiner paramilitärischen Armee übernahmen.<sup>221</sup> Die beiden Brüder begannen von Córdoba und Urabá aus, ein paramilitärisches Imperium aufzubauen. Dafür schmiedeten sie Allianzen, inkorporierten die Reste der *Pepes* und unterwarfen schon bestehende lokale *autodefensas* und paramilitärische Gruppen.<sup>222</sup> Nachdem den Paramilitärs 1989 der legale Rahmen entzogen worden war, erhielten sie 1994 durch die „[...] Schaffung der *Cooperativas de Vigilancia y Seguridad Privada para la autodefensa agraria* (CONVIVIR) eine erneute legale Organisationsform.“<sup>223</sup>

---

<sup>219</sup> Vgl. Becerra Pacheco, Fernando im Interview mit Arbeláez Encheverri (10.04.1994).

<sup>220</sup> Vor seinem Tod hatte Fidel Castaño noch eine Allianz mit der FARC-EP gesucht. Denn trotz seiner Bemühungen für den Staat im Krieg gegen den Kommunismus und gegen Escobar häuften sich Anklagen und Anschuldigungen über die Menschenrechtsverletzungen, welche er mit seinen Paramilitärs begangen hatte. Er fühlte sich von der Oligarchie, welche, seiner Ansicht nach, ihre Macht nicht teilen wollte, verraten. Gegen diese Oligarchie wollte er sich mit der FARC-EP vereinigen. Vgl. Ronderos (2015), S. 211f., siehe auch Tribunal Superior del Distrito Sala de Justicia y Paz (09.12.2014), S. 36f. Bereits in einem Interview 1991 erklärte Fidel: „La oligarquía de este país es la que siempre ha dominado, y no quiere compartir el poder. [...] Es el Gobierno que no quiere la paz, porque no quiere compartir el poder.“ Fidel Castaño im Interview mit Reyes Posada, in Reyes Posada (2016), S. 132f.

<sup>221</sup> Vgl. Rutas del Conflicto (2017).

<sup>222</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 217.

<sup>223</sup> Lengert, (2013), S. 104.



Dies war letztendlich entscheidend für den rasanten Wiederaufstieg der Paramilitärs in ganz Kolumbien, nachdem es 1991 nur noch paramilitärische Splittergruppen gegeben hatte. Durch die CONVIVIR war es privaten Gruppen von Landwirt\*innen und Fincabesitzer\*innen ohne große Umstände möglich, sich mit zuvor ausschließlich dem Militär vorbehaltenen Waffen auszustatten, frei über ihr Territorium zu patrouillieren und Camouflageuniformen zu benutzen. Unter dem Deckmantel der CONVIVIR mobilisierten sich die Paramilitärs, statteten sich mit Kriegswaffen aus und versteckten sich hinter den zivilen Organisationen der CONVIVIR zur Unterstützung der *fuera pública*.<sup>224</sup> Zwischen 1995 und 1997 entstanden 414 CONVIVIR-Gruppen, meist von Paramilitärkommandeuren gegründet, welche die Gruppen legal repräsentierten. Uribe Vélez, zu jener Zeit Gouverneur von Antioquia, war ein großer Freund der CONVIVIR und unterstützte diese.<sup>225</sup>

In Urabá entwickelte sich eine Dynamik der Vergeltung durch Massaker. Auf das im vorigen Kapitel beschriebene Massaker in La Chinita antworteten die *Comandos Populares* mit einem eigenen Massaker im Einflussgebiet der FARC-EP. Dieses blieb nicht unbeantwortet. Der blutige Konflikt wurde auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. 1995 verübten die *Comandos Populares*, unterstützt von dem *Bloque Bananero* der Castaño-Brüder, im Vorfeld der regionalen Wahlen innerhalb von 39 Tagen vier Massaker mit mindestens 67 Toten - eines davon in einer Diskothek in Chigorodó mit 18 Toten, darunter einige Mitglieder der PCC. Die *Comandos Populares* waren für die Castaño Brüder eine offene Tür, um in Urabá Fuß zu fassen. So finanzierten sie zunächst die *Comandos Populares*, um sie dann später in ihrer Dachorganisation zu absorbieren. Im März 1995 gründeten die Brüder Castaño gemeinsam mit Carlos Mauricio García „Doblecero“, einem ehemaligen Paramilitärchef, die *Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá*, ACCU. Ab 1996 gehörten alle *autodefensas* und paramilitärische Gruppen Urabás den ACCU an, auch wenn einige Gruppen ihre eigenen Kommandeure behielten.<sup>226</sup>

Durch die Zerschlagung der beiden großen Drogenkartelle des Landes hatte sich die Struktur des Drogengeschäfts gewandelt. Nun standen nicht mehr alle Produk-

---

<sup>224</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 230f.

<sup>225</sup> Ebd., S. 232f.

<sup>226</sup> Vgl. Rutas del Conflicto (2017).

tions- und Vermarktungsschritte unter der Kontrolle von zwei Kartellen, vielmehr entstand ein zersplitterter Markt, in welchem bald keine Organisation mehr das Geschäft dominierte. 1999 sprach die kolumbianische Polizei von 500 Drogenunternehmen im Land. Guerrillas, vor allem die FARC-EP, und Paramilitärs verstärkten ihre Kontrolle über die Anbauflächen der Droge und schufen jeweils Allianzen mit mexikanischen und brasilianischen Drogenbossen. Diese Geldquelle befeuerte den Krieg, welchen die bewaffneten Gruppen führten, enorm.<sup>227</sup> Die Autorin Ronderos benennt vier Gründe, welche ihrer Meinung nach ab 1994 die paramilitärische Expansion möglich machten: 1. nahmen die Guerrillas FARC-EP und ELN die Möglichkeit zu sozialem Wandel und Frieden, die sich 1991 geboten hatte, nicht wahr und sabotierten diese mit immer kriminelleren Methoden sogar. 2. wurden sie zugleich von Staat und Militär vollständig kriminalisiert. 3. machten Paramilitärs und *narcos* sich die Kämpfe des Staates zu eigen und das Militär kooperierte mit den Feinden ihres Feindes, der Guerrilla, egal ob diese Mörder\*innen oder Drogenhändler\*innen waren. 4. hatte der schwache Rechts- und Wohlfahrtsstaat in den marginalisierten Regionen keine sichere institutionelle Präsenz und überließ seine Gestaltungs-, Ordnungs- und Sanktionsmacht dem Militär und den lokalen politischen und ökonomischen Größen vor Ort, welche sich schließlich mit Paramilitärs und *narcos* verbündeten.<sup>228</sup> Diese aus vier Faktoren bestehende Erklärung scheint mir plausibel und fasst die in diesem Kapitel beschriebenen Entwicklungen zusammen.

Bestätigend zu der Rolle des Staates findet sich ein Zeitungsartikel von 1992 mit einem gemeinsamen Aufruf von Verteidigungsministerium, Militär und Polizei, dass Unternehmer\*innen ihre eigenen *autodefensas* gründen sollten, denn die Sicherheit im Lande gehe nicht nur die *fuerza publica* etwas an, alle seien mitverantwortlich.<sup>229</sup> Für mich ist dieser Aufruf ein Zeichen, dass der überforderte Staat Macht und Aufgaben an Privatpersonen abgibt, auch wenn in dem Artikel betont wird, dass dies keine Einladung dazu sei, den Staat zu ersetzen. Im folgenden Kapitel werden die staatlichen Versäumnisse und Verstrickungen in die Konflikt-handlungen genauer beleuchtet.

---

<sup>227</sup> Vgl. Reyes Posada (2016), S. 124f.

<sup>228</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 217f.

<sup>229</sup> Vgl. El Tiempo (27.08.1992).

## 8.5 Politische Versäumnisse und Verstrickungen

In den mir vorliegenden Zeitungsartikeln aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre finden sich immer wieder Beschwerden verschiedenster Akteure über Versäumnisse des kolumbianischen Staates<sup>230</sup> in Urabá. Leere Versprechen der Politik wurden angeprangert, z.B. der nie in die Tat umgesetzte Plan einer Freihandelszone für Urabá.<sup>231</sup> López Bula, Bürgermeister von Apartadó, stufte die Verkündung der Freihandelszone als unverantwortlich ein, da sich durch die darauf folgende Migration nach Urabá das schon bestehende Defizit an Wohnraum verdoppelt habe. Auch der Bananensektor trage Schuld an der Einwanderungswelle, da er Arbeitssuchende aus anderen Teilen Kolumbiens anziehe. Die nationale Regierung und die Wirtschaft als Verursacher des Problems müssten sich auch um dessen Lösung kümmern. Es scheint, als würde der Bürgermeister alle Verantwortung von sich und dem *municipio* weisen.<sup>232</sup> Die Bevölkerung von Pueblo Bello in Necoclí, wo ein Teil der Friedensverhandlungen von EPL und Regierung stattgefunden hatte, organisierte 1992 einen Protesttag. Im Zuge der Friedensverhandlungen hatte die kolumbianische Regierung der Ortschaft eine Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur versprochen. So wurde zwar ein Plan für ein Trinkwassersystem ausgearbeitet, doch trotz der Versprechungen des Gesundheitsministers und des Verhandlungsvertreters der Regierung war der Bau nicht eingeleitet worden. Die als Notlösung bereitgestellten Wassertanker waren bald beschädigt und funktionsunfähig. Zudem wartete die Bevölkerung auf eine\*n versprochene\*n Ärzt\*in im Gesundheitszentrum, wo nur selten eine Fachkraft zugegen war, den Bau eines Kindergartens und die Fertigstellung des Schlachthauses.<sup>233</sup> Die Arbeitgeber\*innenvertretung der Bananenindustrie *Augura* kritisierte wiederholt die schwachen Justizapparate in Urabá, welche Verbrechen wie Diebstähle und Morde nicht verfolgen würden.<sup>234</sup> 1994 wunderte sich ein *Teniente Coronel* der Polizei, dass Bürger\*innen trotz eines Zeugenschutzprogrammes keine Aussagen und Anzeigen zu Verbrechen wie Erpressung, Entführung und Mord machen

---

<sup>230</sup> In diesem Kapitel ist häufig von dem „kolumbianischen Staat“ bzw. „der kolumbianischen Regierung“ als Akteur die Rede. Es ist zu beachten, dass die Regierung bzw. der Staat nie aus uniformen Politiker\*innen bestand, es jedoch einen dominanten Mainstream unter diesen gab, auf welchen ich Bezug nehme wenn ich von „der Regierung“ oder „dem Staat“ spreche.

<sup>231</sup> Vgl. *El Colombiano* (17.02.1992).

<sup>232</sup> Vgl. *El Colombiano* (12.03.1992).

<sup>233</sup> Vgl. *El Colombiano* (29.03.1992).

<sup>234</sup> Vgl. *El Mundo* (14.02.1992), siehe auch *El Colombiano* (17.02.1992).

würden.<sup>235</sup> Diese Tatsache spricht für ein geringes Vertrauen der Bevölkerung in die Effektivität und auch in die Neutralität der staatlichen Sicherheitsorgane. Bei einem Besuch von Juan Gómez Martínez, dem Gouverneur Antioquias, in Urabá klagten die örtlichen Bürgermeister über Missstände in der Infrastruktur, in Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen, woraufhin der Gouverneur versprach, sich damit zu befassen, indem er Komitees zur Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen gründen wollte. Für die Umsetzung der Lösungsvorschläge bat er den Privatsektor um längerfristige Hilfe.<sup>236</sup> Einige Monate später veröffentlichten die der UP angehörenden Bürgermeister von Apartadó, Turbo, Chigorodó, Mutatá und Murindó ein Schreiben in *El Colombiano*. Der Gouverneur von Antioquia hätte sie öffentlich beschuldigt, ein linksextremes separatistisches Projekt in Urabá zu verfolgen. Diese öffentliche Hetze könnte sie ernsthaft gefährden. Zudem hatte der Gouverneur verlauten lassen, dass die Bürgermeister ihrer Bevölkerung ein falsches Bild vermitteln würden, das *departamento* würde sich nicht um die Region kümmern und „der einfache Bürger“ dieser Täuschung zwangsläufig unterliegen würde. In ihrer Entgegnung zweifelten die Bürgermeister an, dass die Besuche, welche der Gouverneur der Region abgestattet habe und als Beleg dafür verwendete, er würde sich mit Urabá und seinen Problemen befassen, eine ausreichende landespolitische Maßnahme für die Lösung tiefgreifender Probleme darstellen würden. Der Gouverneur würde Politik für die Bergregion (Medellín und Umgebung) machen, sich jedoch nicht für die Zusammenhänge, die andere Kultur und Geschichte der tropischen Golfregion interessieren. Durch seine Ignoranz würde die Marginalisierung der Region verschärft.<sup>237</sup> Diese Zeilen verdeutlichen, dass in Antioquia die Politik des *departamento* nicht mit jener der *municipios* Urabás ineinandergriff und die Beziehung des Gouverneurs zu den Bürgermeistern der Region äußerst konfliktreich war. Die politisch links stehende UP galt, zumindest landespolitisch, als gefährlich für die politische Ordnung. Die gefühlte Marginalisierung der Region von nationalen und landespolitischen Interessen scheint eine zentrale Rolle zu spielen.

Auf einer Konferenz von Viehzüchter\*innen wurde deutlich, dass auch diese sich vom Staat vernachlässigt fühlten. Geschäftliche Probleme führte man auf die fort-

---

<sup>235</sup> Vgl. Carrero, Gabriel Antonio im Interview mit Arbeláez Encheverri (11.04.1994).

<sup>236</sup> Vgl. *El Colombiano* (19.02.1992).

<sup>237</sup> Vgl. *El Colombiano* (21.09.1992).

dauernden Aktivitäten der Guerrilla zurück. „Así como en el sector eléctrico están buscando responsables también en la ganadería hay que hacerlo, porque la culpa no es de nosotros sino de la inseguridad y del gobierno que nunca nos apoyó“<sup>238</sup>, unterstrich Carlos Villa Navarro, Vorsitzender der *Federación Antioqueña de Ganaderos, Fadegan*. Es ist ein Hinweis darauf, dass es Angehörigen dieser Berufsgruppe naheliegen könnte, Paramilitärs für den effektiven Schutz ihrer Ländereien vor den Guerrillas zu unterstützen, anstatt sich auf die Hilfe des Staates zu verlassen. Auf einer Gremiumssitzung von *Augura*, der Arbeitgeber\*innenvertretung der Bananenindustrie, waren ähnliche Meinungen zu hören. Die zunehmenden Aktivitäten der Guerrilla seien schädlich für das Geschäft und der Staat würde keine effektiven Maßnahmen zu einer Beruhigung der Situation liefern.<sup>239</sup>

Repräsentant\*innen der Kirche zeigten sich besorgt über fehlende soziale Aktivitäten des Staates in Urabá. Isaías Duarte Cancino, Bischof in Apartadó, ließ verlauten, dass er keine Präsenz des Staates in Urabá finden könne, was ihn zutiefst beunruhige. Es sei unabdingbar, dass die Regierenden ein Auge auf Urabá hätten und die Region nicht sich selbst überlassen würden. Neben dem Staat kritisierte der Bischof auch Großgrundbesitzer\*innen, welche im Angesicht der knappen Wohnraumsituation und den Landbesetzungen keine sozialen Verpflichtungen übernehmen wollten.<sup>240</sup> Dass die Abwesenheit des Staates in den Feldern Justiz und Soziales illegalen Kommandos die Möglichkeit gab, sich vor Ort etwa durch den Aufbau eines privaten Justizsystems oder durch soziale Projekte nach ihren Vorstellungen eine eigene Legitimität zu verschaffen<sup>241</sup>, beklagt ein anderer Artikel.<sup>242</sup> Der vorwiegend repressiv agierende Staat verpasste es, soziale Funktionen zu übernehmen, welche letztendlich privat ausgehandelt werden mussten.<sup>243</sup>

---

<sup>238</sup> Villa Navarro, Carlos bei Ramirez Ospina (30.04.1992).

<sup>239</sup> Vgl. Ramirez Ospina (01.05.1992).

<sup>240</sup> Vgl. Duarte Cancino, Isaías im Interview mit *El Colombiano* (21.02.1992).

<sup>241</sup> Ein Beispiel aus Medellín illustriert die soziale Funktion von bewaffneten Gruppen. Als sich 1994 die *Milicias Populares*, eine Form der Stadtguerrilla, welche ganze Viertel kontrollierte, demobilisieren wollten, waren die Bewohner\*innen der kontrollierten Viertel höchst beunruhigt. Die *Milicias* hätten für Ordnung gesorgt, Kriminelle in ihre Schranken verwiesen, was der Polizei niemals zuvor gelungen war. Bürger\*innen glaubten, dass der Staat die *Milicias* in ihrer ordnungsstiftenden Funktion nicht ersetzen und die Viertel daraufhin erneut in Unsicherheit und Kriminalität versinken würden. So hatten die *Milicias* in den genannten Vierteln ein höheres Ansehen als der Staat. Vgl. *El Colombiano* (28.02.1994).

<sup>242</sup> Vgl. *El Colombiano* (24.02.1992).

<sup>243</sup> Vgl. Comisión de Superación de la Violencia (1992), S. 35.

## 9 Fazit

Für mich liegt das zentrale Problem darin, dass der Staat es verpasste, soziale Funktionen auszuüben, welche dann schließlich von Dritten übernommen wurden. Es gibt zahllose Belege für verschiedenste Formen der sog. Abwesenheit des kolumbianischen Staates in Urabá und anderen marginalisierten Regionen des Landes. Doch was wirklich zählt, ist, dass der Staat, als sich ihm durch die Friedensabkommen Anfang der 1990er die Möglichkeit der Wiedererlangung von Kontrolle über Territorien und seiner eigenen Legitimierung, z.B. durch tatsächlichen Schutz der Bevölkerung und Erfüllung ihrer Bedürfnisse bot, nicht effektiv und schnell genug handelte. Die durch Demobilisierung bewaffneter Gruppen entstandenen Machtvakuen füllte nicht der Staat, sondern die noch übrig gebliebenen Guerrillas und *autodefensas*. Demobilisierte wurden nicht hinreichend reintegriert und schlimmer noch, nicht vor Verfolgung geschützt. Staatliche Versprechen von Schutz der Zivilbevölkerung und Besserung der Lebensverhältnisse blieben unerfüllt. Paramilitärs erlebten, zunächst als Verteidiger gegen Übergriffe der Guerrilla, einen erneuten Aufschwung. Später gab der Staat, blind gegenüber den mörderischen Folgen seiner Entscheidung, durch die Schaffung der CONVIVIR, ganz offiziell Macht und Befugnisse an *autodefensas* und den daraus erwachsenen Paramilitärs ab.

Diese praktizierten in den von ihnen kontrollierten Regionen ein gewalttätiges „Robin Hood“-Modell, ähnlich wie auch Guerrillagruppen es taten. Zunächst vertrieben die Bewaffneten die ursprünglichen Bewohner von Ihren Gütern, oder diese flohen aus Angst vor dem Terror durch Massaker und Morde, welche Paramilitärs und Guerrillas verübten. Diese Gewaltwellen zerstörten soziale Netzwerke und verhinderten spontane Gegenwehr. Waren Ländereien unter der Kontrolle der jeweiligen Gruppe, behielten sie selbst einen Teil ein und verteilten den Rest des Landes an loyale Personen und/oder Vertriebene aus anderen Gegenden.<sup>244</sup> Kristofer Lengert unterscheidet drei Phasen der Implementierung paramilitärischer Herrschaft in Kolumbien.

Nach der Vertreibung oder Zerschlagung der Guerilla wurden die sozialen Organisationsstrukturen der (vermeintlich widerständigen oder illoyalen) Bevölkerung durch gezielte Gewalt und einer brutalen Inszenierung von

---

<sup>244</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 216.

Terror zerstört. Daraufhin erfolgte durch soziale Kontrolle und flankiert von einem rigorosen extralegalen Strafsystem die Reorganisation der Gemeinschaft und die Ausbildung akzeptierter und anerkannter Vorherrschaft der Paramilitärs.<sup>245</sup>

Diese übernahmen sodann die Kontrolle über Schmuggel, Glücksspiel und Prostitution und waren an Landspekulationen beteiligt. In der dritten Phase kontrollierten die Paramilitärs schließlich den Arbeitsmarkt, das Transportwesen und Sicherheitsfirmen, waren somit selbst zu Arbeitgeber\*in und Patron\*in geworden. Der Ausbau legaler Geschäftsfelder durch Investitionen von (inter-)nationalen Unternehmer\*innen und dem Transfer von Geldern aus illegalen Geschäften wurde nicht mehr zwingend mit den Paramilitärs in Verbindung gebracht. So entstanden in den von ihnen dominierten Gebieten neue Firmen, Kooperativen und Organisationen. Gewalt wurde nur noch zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung eingesetzt.<sup>246</sup> Ein funktionierender Parallelstaat entstand, dessen Vorherrschaft der kolumbianische Staat zu lange nichts entgegengesetzte.

Durante muchas décadas la violencia se ha usado en Colombia como un instrumento de conservación y de impugnación de poder. La experiencia enseña que la violencia que pretende conservar el orden social destruye el propio poder del Estado y obliga a la población a crear líneas de escape y resistencia.<sup>247</sup>

In Regionen, wo sich Menschen vom Staat alleingelassen fühlen, sammeln sich Hass, Argwohn und Misstrauen. Auf die sog. Abwesenheit des Staates gibt es mindestens zwei Reaktionsmöglichkeiten. Die eine besteht in der gewalttätigen eigenen Machtergreifung, welche schon bestehende Gewaltzyklen neu anfeuert. Die andere Möglichkeit ist der Versuch, auf gewaltlose Weise auf die eigene Situation aufmerksam zu machen und im Vertrauen auf legale Strukturen, welche z.B. in der Verfassung von 1991 geschaffen worden waren, für die eigenen Rechte einzustehen. Personen aus unterschiedlichen sozialen Kontexten wie etwa Leiter\*innen sozialer Basisorganisationen, indigene und afrokolumbianische Führungspersonen, Journalist\*innen, Jurist\*innen und Menschenrechtsvertreter\*innen haben oft versucht, eine Verbindung zur kolumbianischen Regierung herzustellen,

---

<sup>245</sup> Lengert (2013), S. 106.

<sup>246</sup> Vgl. Lengert (2013), S. 108.

<sup>247</sup> Reyes Posada, (2016), S. 38.

über welche diese mit den marginalisierten Regionen in nachhaltigen Kontakt hätte treten können. Allerdings wurde diesen sozialen Aktivist\*innen von Politiker\*innen und lokalen Eliten meist mit Skepsis begegnet oder sie wurden gar als Bedrohung der bestehenden Ordnung eingestuft, sodass viele von ihnen für ihr Engagement mit dem Leben bezahlten. Jene Formen der Organisation „von unten her“, hätten, wenn sie von der Regierung wahrgenommen, geschützt und gefördert worden wären, ganze Gebiete vor der Machtergreifung und Herrschaftsimplimentierung illegaler bewaffneter Gruppen schützen können. Doch private politische und wirtschaftliche Interessen in einem verstrickten Netzwerk von lokalen, nationalen und internationalen, politischen und wirtschaftlichen Akteuren mit Paramilitärs und organisiertem Verbrechen verhinderten dies.<sup>248</sup>

In den Zeitungsartikeln der mir vorliegenden Sammlung finden sich Anschuldigungen und Hinweise auf eine Zusammenarbeit linker Politiker\*innen mit der Guerrilla. Doch es finden sich keine Hinweise auf aktuelle Verstrickungen von nationalen Politiker\*innen mit Paramilitärs, wenn man von den Vorhaltungen der UP und der PCC, dass die *Esperanzados* mit den *Comandos Populares* kooperieren würden, absieht. Dieses Themenfeld wird allerdings ausführlich in der Sekundärliteratur behandelt. Erst im Zuge des *Parapolitik*-Skandals 2006 wurde die Existenz eines mafiösen Netzwerks aus Politiker\*innen, Paramilitärs, Drogenhändler\*innen, Unternehmer\*innen, Angehörigen der Sicherheitsbehörden und Funktionär\*innen der Behörden, welches das gesamte Land umspannte und über viele Jahre gewachsen war, aufgedeckt.<sup>249</sup> Da diese Arbeit nur einen begrenzten Umfang hat, kann hier nicht genauer auf Details eingegangen werden. Maßgeblich ist jedoch, dass die nationale Politik es nicht bloß versäumte, die Gewaltspirale zu stoppen und die Kontrolle über und Verantwortung für Regionen und Bevölkerung zu übernehmen und auszufüllen, sondern selbst durch führende Politiker\*innen in das kriminelle Netzwerk, welches Gewalt und Terror über die eigene Bevölkerung brachte und schürte, eingebunden war und somit kein ernsthaftes Interesse bestand, paramilitärische Strukturen nachhaltig zu bekämpfen.

---

<sup>248</sup> Vgl. Ronderos (2015), S. 287f.

<sup>249</sup> Vgl. Lengert (2013), S. 115.



## Quellenverzeichnis

- Acuerdo final Gobierno Nacional - Ejercito Popular de Liberación (15.02.1991).  
[http://www.cedema.org/uploads/Acuerdo\\_EPL.pdf](http://www.cedema.org/uploads/Acuerdo_EPL.pdf), 29.01.2020.
- Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations (1988): Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy. Washington: U.S. Government Printing Office.  
<https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=pst.000014976124&view=1up&seq=3>,  
28.01.2020.
- Tribunal Superior del Distrito Sala de Justicia y Paz (09.12.2014): Radicado: 110016000253-2006-82611 Postulado: Jesús Ignacio Roldán Pérez. Delitos: Concierto para delinquir y otros. Acta Nro. 003.  
<http://www.fiscalia.gov.co/colombia/wp-content/uploads/2015/04/09-12-2014-Sentencia-Jesus-Ignacio-Roldan-Perez.pdf>, 30.01.2020.

## Zeitungsartikel

- Arbeláez Encheverri, Omaira (20.03.1994): „Qué pasa en Urabá? (1)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (21.03.1994): „Urabá y los procesos del caos (2)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (22.03.1994): „Urabá, la inconquistable (3)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (24.03.1994): „Urabá, y la crisis de una República (5)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (25.03.1994): „Las violencias de Urabá (6)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (26.03.1994): „En Urabá, no mueren las guerras (7)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (28.03.1994): „Urabá, entre el poder y la muerte (9)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (29.03.1994): „Urabá, en los tiempos del conflicto (10)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (30.03.1994): „Urabá: escenarios verdes para duros combates (11)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Arbeláez Encheverri, Omaira (06.04.1994): „Urabá sueña con la paz (16)“, In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.

- Becerra Pacheco, Fernando im Interview mit Arbeláez Encheverri, Omaira (10.04.1994): „Comando Operativo No.1. La violencia no es el camino (20)“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Carrero, Gabriel Antonio im Interview mit Arbeláez Encheverri, Omaira (11.04.1994): „Policía Urabá. `La Coordinadora Guerrillera quiere sembrar el caos´“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Chica, Adriana (09.02.2019): „Los hermanos Ochoa, los socios de Pablo Escobar que iniciaron el paramilitarismo en Colombia. Tras el secuestro de una de sus hermanas de 26 años en manos de la guerrilla del M-19, crearon el MAS para acabar con la insurgencia“, In: Infobae. <https://www.infobae.com/america/colombia/2019/02/08/los-hermanos-ochoa-los-socios-de-pablo-escobar-que-iniciaron-el-paramilitarismo-en-colombia/>, 29.01.2020.
- CONTEXTOGANADERO (08.03.2017): „Mujeres ganaderas cobran mayor relevancia en el sector agropecuario“, <https://www.contextoganadero.com/regiones/mujeres-ganaderas-cobran-mayor-relevancia-en-el-sector-agropecuario>, 28.01.2020.
- Correa, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri, Omaira (09.04.1994): „Dice el movimiento Esperanza, Paz y Libertad `Los comunistas nos vean como un peligro´ (19)“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Correa, Mauricio (14.03.1994): „Urabá votó entre cordones militares“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Durango, Hernán im Interview mit Arbeláez Encheverri, Omaira (08.04.1994): „UP-PCC reclama diálogos regionales (18)“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Duarte Cancino, Isaías im Interview mit *El Colombiano* (21.02.1992): „Palabras de monseñor Isaías Duarte Cancino. No siento al Estado en Urabá. La propiedad privada debe tener una función social, afirma.“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (31.03.1991): „EPL, preocupado por lenta aplicación de beneficio jurídico“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (18.04.1991): „EPL presentó propuesta de pacto social para Urabá“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (30.01.1992): „Tranquilidad en sepelio de sindicalistas. Ultimos asesinatos no vienen de sectores derechistas“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (02.02.1992): „Fases del conflicto en Urabá“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.

- El Colombiano (17.02.1992): „Urabá necesita un pacto social”. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (19.02.1992). „Para solucionar problemática de Urabá. Concertación, la clave: Gómez Martínez. Primera visita del gobernador a la zona bananera. En Carepa se reunió con líderes de la región.“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (24.02.1992): „En busca del tiempo perdido“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (12.03.1992): „Para invasiones de tierra. Alcalde de Apartadó pide solución concertada.“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (29.03.1992): „Pueblo Nuevo reclama cumplimiento de promesas. Mucho les dijo el gobierno pero nada los ha atendido.“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (21.09.1992): „Según alcaldes de la UP Urabá quiere seguir en Antioquia“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (04.10.1992): „Se reactivan grupos de Fidel Castaño. En la zona, nueve personas siguen en poder de la guerrilla.“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (24.01.1994a): „Testimonios de una masacre anunciada. 35 muertos y 8 heridos, saldo trágico de la masacre de La Chinita“.
- El Colombiano (24.01.1994b): „Repudio y commoción por masacre de Urabá“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (25.01.1994): „La masacre de La Chinita“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Colombiano (28.02.1994): „Dicen ciudadanos consultados ‘Las milicias pusieron en cintura a los pillos’ En esencia, la gente teme que la desmovilización facilite la reactivación de la delincuencia“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Mundo (14.02.1992): „Urabá, frente a la inseguridad“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Nuevo Siglo (25.01.1992): „Denuncia Presidente de Augura. 15 ex combatientes del EPL asesinados en tres meses“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Tiempo (27.08.1992): „Empresarios a crear autodefensas“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.

- El Tiempo (24.01.1994): „De nueve concejales del EPL electos, apenas uno se mantiene hoy en su cargo. No hay garantías electorales: Palacio“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Tiempo (30.01.1994): „Triple alianza contra los `esperanzados““. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Tiempo (24.02.1994): „¿Y las otras víctimas?“. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- El Tiempo (26.11.2011): „Mujeres paramilitares dirigieron masacres y mataron niños. Justicia y paz tiene a 128 mujeres ex AUC que están confesando delitos graves“, <https://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-10839308>, 28.01.2020.
- Gonzalo Betancur B., Juan (15.05.1992): „La reinserción ¿acaso en la cuerda floja? Peligros y alternativas del plan de ayuda para exguerrilleros“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Gonzalo Betancur B., Juan (25.06.1992): „Continúa persecución del EPL a exguerrilleros. Denunció Esperanza, Paz y Libertad. La CGSB había dicho el sábado que no era así.“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Mc Dermott, Jeremy (20.05.2013): „El EPL y `Megateo`: ¿El futuro de las FARC?“. In: *InSight Crime*. <https://es.insightcrime.org/investigaciones/epl-y-megateo-futuro-de-las-farc/>, 28.01.2020.
- Mercado, Bibiana (05.03.1994): „Blanco y negro del proceso de reinserción“. In: *El Tiempo*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Noticias Urabá. (24.05.2017). <https://noticiasuraba.com/mapa-de-uraba/1918/>, 27.01.2020.
- Radio Nacional de Colombia (28.11.2016): „Nace la Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar“, <https://www.radionacional.co/linea-tiempo-paz/nace-coordinadora-guerrillera-simon-bolivar>, 29.01.2020.
- Ramirez Ospina, Gustavo León (30.04.1992): „Lo que queremos es que nos dejen trabajar: Fadegan“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Ramirez Ospina, Gustavo León (01.05.1992): „Advierte Augura. Convivencia laboral y paz en peligro en Urabá“. In: *El Colombiano*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Restrepo, Orlando Leon (24.01.1994): „La fiesta de Rufina se volvió masacre. Una reunión organizada por una humilde mujer para recolectar fondos para el estudio de sus hijos y la construcción de aulas en una escuela, fue el eszenario de la matanza en Apartadó. Anoche continuaban las tareas de necropsia e identificación de los cadáveres.“. In: *El Tiempo*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.

- Restrepo, Orlando Leon (15.03.1994): „Temor redujo votos de EPL en Urabá“. In: *El Tiempo*. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá. Archivo Virtual de los Derechos Humanos y Memoria Histórica, Fondo Mario de Jesús Agudelo Vásquez, Documentos Urabá.
- Semana (29.08.1988): „De la cumbre al llano. Propuestas para todos los gustos y un cronograma de trabajo, deja la cumbre del viernes 29.“, <https://www.semana.com/nacion/articulo/de-la-cumbre-al-llano/10640-3>, 29.01.2020.
- Semana (21.07.2012): „El periódico paisa 'El Colombiano': el pulso paisa. Las tensiones entre las dos familias dueñas de 'El Colombiano' llegaron a un punto crítico. La directora, Ana Mercedes Gómez, se retiró y dejó vacante la dirección del periódico. ¿Qué tuvo que ver el uribismo?“, <https://www.semana.com/nacion/articulo/el-periodico-el-colombiano-pulso-paisa/261532-3>, 27.01.2020.

## Literaturverzeichnis

- Centro Nacional de Memoria Histórica y Observatorio de Memoria y Conflicto (2018): <http://centrodememoriahistorica.gov.co/observatorio/bases-de-datos/geograficas/>, 20.01.2020.
- Chavarro, Diana/Rampf, David (2014): Entrar en la escena política. Un análisis de las experiencias de ex guerrilleros en la política legal colombiana. In: *Inclusive Political Settlements*, Artikel N°2, Berlin: Berghof Foundation, [https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other\\_Resources/IPS/Colombia\\_Paper\\_2\\_Final\\_Layout\\_Spanish\\_v2.pdf](https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other_Resources/IPS/Colombia_Paper_2_Final_Layout_Spanish_v2.pdf), 15.02.2020.
- Cívico, Aldo (2009): `No divulgar hasta que los implicados estén muertos`. Las guerras de `Doble cero`. Bogotá: Intermedio Editores.
- CNMH – Centro Nacional de Memoria Histórica (ohne Angabe). <http://centrodememoriahistorica.gov.co/descargas/CatedraBY/presentaciones/Sesion-4/Presentacion-EPL.pdf>, 29.01.2020.
- Comisión de Superación de la Violencia (1992): Pacificar la Paz. Lo que no se ha negociado en los Acuerdos de Paz. Bogotá. [http://observatorioetnicocecoin.org.co/cecoin/files/pacificar\\_la\\_paz.pdf](http://observatorioetnicocecoin.org.co/cecoin/files/pacificar_la_paz.pdf), 28.01.2020.
- Google Maps. (2020). <https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1K7B97H5MGm88VCG9Os6I8Objpk0&ll=7.793439094740133%2C-75.81623272530578&z=8>, 27.01.2020.
- Heinz, Wolfgang S. (1997): Die kolumbianische Verfassung. In: Altmann, Werner / Fischer, Thomas / Zimmermann, Klaus (Hrsg.). Kolumbien heute. Frankfurt a. M.: Vervuert, S. 137-147.
- Konetzke, Richard (1999): Süd- und Mittelamerika I. Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. 17. Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch (=Fischer Weltgeschichte; 22).
- Kurtenbach, Sabine (1997): Guerrillabewegungen in Kolumbien. In: Altmann, Werner / Fischer, Thomas / Zimmermann, Klaus (Hrsg.). Kolumbien heute. Frankfurt a. M.: Vervuert, S. 235-254.

- Lengert, Kristofer (2013): Todesschwadronen, Selbstverteidigungsgruppen und kriminelle Banden. Chimären paramilitärischer Strukturen in Kolumbien. In: Graaf / David, Heins, Miriam / Henkel, Cathy et.al. (Hrsg.). Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star? Ein Land zwischen Wirtschaftswunder und humanitärer Krise. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 101-120.
- Lombana Reyes, Melina (2012): La configuración espacial de Urabá en cinco décadas. In: *Ciencia Política* N°13, Enero-Julio, S. 40-79. <https://revistas.unal.edu.co/index.php/cienciapol/article/view/41511/43124>, 06.02.2020.
- Reyes Posada, Alejandro (2016): Guerreros y Campesinos. Despojo y Restitución de Tierras en Colombia. Bogotá: Ariel.
- Rutas del Conflicto (2017): Geografía del paramilitarismo en Colombia (1977-2006), . [http://rutasdelconflicto.com/geografia-del-ter-ror/mapa\\_linea\\_de\\_tiempo\\_paramilitares.php?fbclid=IwAR2IVECvmwHaKuq1n3EI2-QtKiz\\_5gSO312DNrr9aam0dSyjnHEQTOuDvk](http://rutasdelconflicto.com/geografia-del-ter-ror/mapa_linea_de_tiempo_paramilitares.php?fbclid=IwAR2IVECvmwHaKuq1n3EI2-QtKiz_5gSO312DNrr9aam0dSyjnHEQTOuDvk), 20.08.2019.
- Ronderos, María Teresa (2015): Guerras Recicladadas. Una historia periodística del paramilitarismo en Colombia. Bogotá: Aguilar.
- Villarraga Sarmiento, Álvaro (2015): Biblioteca de la Paz. Los procesos de paz en Colombia, 1982-2014 (documento resumen). Bogotá: Gente Nueva Editorial. <http://biblioteca.ucp.edu.co/Descargas/core/documentos/2.pdf>, 29.01.2020.
- Wikimedia. (2015). [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mapa\\_de\\_Antioquia\\_\(subdivisiones\).svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mapa_de_Antioquia_(subdivisiones).svg), 27.01.2020.

## Nachbemerkung

Für meine Recherchen zur vorliegenden Arbeit habe ich auf das Online-Archiv des *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH) zurückgegriffen. Im Februar 2019 besetzte die rechtskonservative Regierung Ivan Duque (2018-) den Direktorposten des CNMH mit Darío Acevedo.<sup>250</sup> Die Neubesetzung erntete (international) Kritik. Noch vor seiner Ernennung kritisierte Acevedo das CNMH für seine angebliche politisch linke Tendenz, welche die Guerrillas Kolumbiens schütze. Als Direktor wird er u.a. von kolumbianischen Kongressabgeordneten dafür angeprangert, dass er den internen bewaffneten Konflikt Kolumbiens leugne. Acevedo würde die Verantwortung des kolumbianischen Staates sowie der Paramilitärs im bewaffneten Konflikt zurückstellen. Auch die massiven Landvertreibungen als Antrieb des Konflikts dementiere er. Vor allem aber würde er die Rechtmäßigkeit des aktuellen Friedensprozesses in Frage stellen.<sup>251</sup> Nun wurde das CNMH zum 1. Februar 2020 von der *International Coalition of Sites of Conscience* ausgeschlossen, weil sich das CNMH unter dem neuen Direktor Acevedo die Anfrage, die vereinbarten Grundprinzipien des Netzwerks erneut zu bestätigen, ignorierte. Diese beinhalten die Anerkennung des kolumbianischen Konflikts, das Recht auf Wahrheit für die Konfliktopfer und die zentrale Rolle dieser und der Zivilbevölkerung in der Aufarbeitung des Konflikts und der Implementation symbolischer Reparationen. Die *International Coalition of Sites of Conscience* ist ein weltweites Netzwerk von über 275 Museen und Erinnerungsinitiativen.<sup>252</sup>

Diese Nachricht über die gegenwärtige Haltung des CNMH scheint mir eine tragische Kontinuität der Konfliktrezeption in Kolumbien aufzuzeigen.

---

<sup>250</sup> Vgl. Calle Aguirre, María Clara (05.02.2020): „Colombia: las ambigüedades del director del Centro de Memoria sobre el conflicto armado“, in: *France24*, <https://www.france24.com/es/20200205-colombia-existencia-conflicto-memoria-controversia>, 25.02.2020

<sup>251</sup> Vgl. El Espectador (05.11.2019): „Congresistas piden renuncia de Darío Acevedo al Centro Nacional de Memoria Histórica“, <https://www.elespectador.com/noticias/politica/congresistas-piden-renuncia-de-dario-acevedo-al-centro-nacional-de-memoria-historica-articulo-889673>, 25.02.2020.

<sup>252</sup> Vgl. International Coalition of Sites of Conscience (05.02.2020): „Declaración sobre el proceso de suspensión de la membresía del Centro Nacional de Memoria Histórica de Colombia“, <https://www.sitesofconscience.org/es/2020/02/declaracion-sobre-el-proceso-de-suspension-de-la-membresia-del-centro-nacional-de-memoria-historica-de-colombia/>, 25.02.2020.